

Dies ist, wie gesagt, nur eine Probe aus vielem ähnlichen. Man sieht deutlich die Angst vor den unvermeidlichen Wirkungen des Streiks und seines wie immer gearteten Ausganges auf die Arbeiter. Daß die Sozialdemokratie den Streik für ihre Parteizwecke ausgenützt hat, ist frei erfunden. Der Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“ teilt ja selbst mit, daß seit Bildung der Siebenerkommission, also seit dem 12. Januar keine sozialdemokratischen Zeitungen in den Streikversammlungen verteilt werden dürfen. Und es ist Tatsache, daß andere Parteien sich viel weniger Keferbe aufgelegt haben. Wir teilen ja bereits den Aufruf der Geistlichen der Diözese Bochum mit, worin die Arbeiter aufgefordert werden, nur dem christlichen Verbands beizutreten, das ist also einem Verbands, der bestimmte religiöse und politische Forderungen an seine Mitglieder stellt. Dagegen ist noch niemals während des Streiks aufgefordert worden, nicht dem christlichen, sondern dem alten Verbands beizutreten, obwohl der alte Verband keinerlei religiöse oder politische Forderungen an seine Mitglieder stellt. Er nimmt Christen und Nichtchristen, Königstreue und Republikaner mit gleicher Liebe auf.

Wenn aber die sozialdemokratische Presse ausspricht, daß die sozialdemokratische Partei für die Streikenden eingetreten ist, sie durch Geldmittel unterstützt und ihre Interessen im Parlament vertritt, so tut sie nichts anderes, als was die ultramontane Presse gleichfalls täglich tut. Schreibt doch, um nur ein beliebiges Beispiel anzuführen, die „Königliche Volkszeitung“ in ihrer Nummer 94:

Man sieht, wie das Zentrum stets und energisch die Vergarbeiter-Interessen verfochten hat, trotz des Widerstandes der Regierung, trotz des Widerstrebens der Mehrzahl der anderen Parteien. Hätte man eher, sofort nach dem Streik von 1889, die jahrelangen Anregungen des Zentrums aufgegriffen und bereits in der Verggesetz-Novelle von 1892 in die Praxis umgesetzt, so hätte man die Hauptquellen jahrelanger Gärung verstopft.

Und auch die freisinnige Presse sucht ja die Streikenden glauben zu machen, daß die freisinnigen Parteien die innigste Liebe zu den Arbeitern empfinden, daß sie gar nicht müde würden, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Daß die Arbeiter das nicht recht glauben, dafür sind wir doch nicht verantwortlich zu machen.

In Wahrheit hat man Angst vor der Einigkeit der Arbeiter. Aber es ist wahrlich nicht unsere Schuld, daß die Arbeiter nach jahrelangen Kämpfen endlich einmal einmütig gegen das Kapital aufgestanden sind. Es ist von allen Seiten zugegeben worden, daß allein die prohigie Ablehnung aller Forderungen und alles Verhandels durch die Unternehmer die Arbeiter zur Einigkeit geradezu gezwungen hat. Und es wird nicht unsere Schuld sein, wenn die Arbeiter — jetzt oder später — zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß auch die Regierung der Kapitalisten und daß auch die Parteien des Kapitalismus ihnen nicht helfen. Wir haben nichts weiter nötig, als den Arbeitern zu sagen und zu beweisen, daß die Unfähigkeit, ihren Leiden abzuhelfen, eben im Kapitalismus wurzelt. Das ihnen zu sagen, ist allerdings unser gutes Recht und unsere Aufgabe. Wir wissen, auf welchem Wege den Arbeitern allein dauernd geholfen werden kann und wenn die Arbeiter die Stichhaltigkeit unserer Argumente einsehen, so ist das ja gewiß für die kapitalistischen Parteien, die die Arbeiter nur zu ihren parteipolitischen Zwecken mißbrauchen, sehr schmerzhaft, aber doch nicht unsere Schuld.

Wir wünschen ja nichts schlimmer, als daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien jetzt endlich einmal den Beweis lieferten, daß sie den Arbeitern helfen können und wollen. Wir fordern sie ja täglich dazu auf. Warum tun sie es denn nicht? Sie haben ja die Macht in Händen, sie beherrschen ja die Gesetzgebung. Aber anstatt von ihrer Macht im Interesse der Arbeiter Gebrauch zu machen, setzt man diesen eine große Schüssel mit leeren Versprechungen vor, und unterdes ist man eifrig tätig, die so fürchterliche Einigkeit der organisierten Arbeiter wieder zu zerstören — aus parteipolitischen Rücksichten. Das beste Mittel, zu verhindern, daß am letzten Ende die Sozialdemokratie den Vorteil von diesem Streik hat, ist, daß man die wahrhaft bescheidenen, von den Vertretern der christlichen Organisation aufgestellten Forderungen der Arbeiter bewilligt. Acht Stunden Arbeit, fünf Mark Lohn für erwachsene Männer, erfahrene Arbeiter, Anerkennung ihrer Gleichberechtigung, humane Behandlung. Sind das Forderungen, deren Erfüllung irgend etwas mit politischen sozialdemokratischen Zielen zu thun hat? Erfüllt sie doch! Sie könnten morgen, heut schon erfüllt werden. Aber man denkt gar nicht daran. Man treibt das alte Spiel, sucht Uneinigkeit unter die Arbeiter zu säen und dazwischen parteipolitisch im Trüben zu fischen. Daß das schließlich zu unseren Gunsten ausschlagen wird, wissen wir, und die bürgerlichen Parteien wissen ebenso gut wie wir, daß sie uns durch eine wirklich ernsthafte Sozialreform am besten Abbruch tun könnten. Aber eine ernsthafte Sozialreform kostet etwas; sie kostet vor allen Dingen Herrenrecht. Und diese Kosten möchte man sich nicht machen. Man möchte die Arbeiter wie bisher immer mit sozialpolitischem Wind einfangen. Daß das nicht gelingt, dafür zu sorgen, werden wir uns allerdings angelegen sein lassen und darum der Schmerz, darum das Geschrei darüber, daß der Streik nur die Geschäfte der Sozialdemokratie betreibe. Aber davon lassen wir uns nichts abhandeln. Wir wollen verhindern, daß den Arbeitern ihre Rechte um ein Infingergeld abgedrückt werden.

Ein Vorspiel zu der preussischen Verggesetzgebungs-Komödie.

Aus Weimar wird uns berichtet: Nachdem im vergangenen Herbst ein besonderer Zwischenauschuss den vorgelegten Entwurf eines neuen Verggesetzes durchberaten hatte, ist jetzt der Landtag dabei, das Gesetz endgültig zu beschließen. Nicht nur von der Regierung, auch von Autoritäten soll dieser Entwurf als ein Muster bezeichnet worden sein, dem, wie jetzt der Berichterstatter erklärte, bei der Schaffung eines Reichs-Verggesetzes eine hervorragende Beachtung geschenkt werden würde. — Schon im Ausschuss hatte der Abg. Vaudert beantragt, die Forderungen der Vergleute, die jetzt beim Streik im Ruhrgebiet eine große Rolle spielen, im Gesetz zu berücksichtigen. Jedoch die dahingehenden Anträge wurden bis auf einen abgelehnt. — Unter Bezugnahme auf die Verhältnisse, die jetzt im Ruhrgebiet die Veranlassung zu dem großen Vergarbeiterstreik geben, nahm der Abg. Vaudert die Gelegenheit wahr, um auf die Notwendigkeit eines Reichs-Verggesetzes hinzuweisen. Er brachte folgenden Antrag im Landtage ein:

„Den von der Regierung vorgelegten und vom Reichsgesetzgebungs-Ausschuss durchberatenen Entwurf eines Verggesetzes abzulehnen, da gegenwärtig infolge der Mängel und Missetände, die zu dem großen Vergarbeiter-Streik die Veranlassung geben, dem Reichstage ein Antrag zur Schaffung eines Reichs-Verggesetzes vorliegt, dessen Verwirklichung auch die großherzogliche Staatsregierung durch ihr Eintreten für denselben mit beschleunigten Helsen kann.“

Er empfahl, den Entwurf dem Bundesrat zugänglich zu machen, da sei schon die Vorarbeit für und fertig und bei einigermaßen

gutem Willen hätte man bald das erwünschte Reichs-Verggesetz. Die Regierung protestierte gegen diesen „Abfacklungsversuch“, sie verlangte ihren Entwurf beraten. Denn so rasch sei an ein Reichs-Verggesetz überhaupt nicht zu denken, es sei doch noch sehr fraglich, ob jemals ein solches komme. Der „getreue“ Landtag stimmte natürlich einmütig zu. Ob Zentrum oder Freisinn, alles war ein Herz mit der Regierung. Ebenso einmütig stimmten die Abgeordneten auf Wunsch oder Protest der Regierung alle Anträge des Abg. Vaudert betreffend die Knappheitsverbände, Festlegung der Strafen, Stubenkontrolle durch die Arbeiter, geschliche Festlegung der Schichtzeit auf acht Stunden, bei über 28 Grad Celsius Wärme auf sechs Stunden, und alle weiteren Anträge zum wirksamen Schutze der Arbeiter nieder. Die Regierung versprach alles Gute, was in anderen Ländern zum Schutze der Vergarbeiter eingeführt sei, in die bergpolizeilichen Verordnungen aufzunehmen. Die Regierung verlangte jedoch die Ablehnung der gesetzlichen Festlegung, und der „getreue“ Landtag geordnete. Abg. Vaudert betonte, daß sich die Regierung mit ihrer Erklärung, ein Verggesetz zu schaffen, welches als Muster in jeder Beziehung dienen könne, in Widerspruch setze, es sei ja bezeichnend, daß man auch hier in diesen Fragen tanze, wie man in Preußen tanze.

Man kann danach ungefähr vermuten, was im preussischen Abgeordnetenhaus für die Vergleute herauskommen wird.

Die Untersuchungskomödie.

Auf Zeche „Friedlicher Nachbar“ sind die Arbeiter bei der sogenannten Untersuchung gerade so behandelt worden, wie auf „Perkules“. Alle ihre Beweisanträge wurden abgelehnt. Sie weigerten sich infolgedessen, das Protokoll zu unterschreiben. Die Siebener-Kommission wird verlangen, daß sie zu den Untersuchungsverhandlungen zugezogen wird.

Ein Lockspiegel der Unternehmer? Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ glaubte heute einen großen Trunpf auszuspielen zu können durch die Mitteilung, daß ein Mitglied der Belegschaftskommission von Zeche „Perkules“ früher mit Zuchthaus wegen Einbruchs bestraft worden ist.

Die Tatsache ist richtig, Der Bergmann Wiesener ist mit acht Jahren Zuchthaus bestraft. Er gehört jedoch keiner Organisation an und ist von den Unorganisierten in die Kommission bestellt worden, trotzdem er bereits am 10. Januar in einer Belegschaftsversammlung der Zeche „Perkules“ von Hue und anderen Verbandsmitgliedern öffentlich als Lockspiegel gekennzeichnet worden ist.

Jetzt hat man seinen Rücktritt erzwungen.

Der Bergbauverein ist sehr unangenehm berührt durch die amtliche Feststellung seiner Schwindelnachrichten über Ausschreitungen Streikender. Er hat, wie „B. L. V.“ meldet, in einem Telegramm an den Handelsminister gegen die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs C. von Posadowsky über Unrichtigkeiten bezw. Uebertreibungen bei Meldungen in der Presse von Ausschreitungen gegen Arbeitswillige protestiert unter Hinweis auf den vielfach völlig unzureichenden Schutz der Arbeitswilligen und die an mehreren Orten des Industriebezirks inzwischen ergangenen gerichtlichen Urteile, durch die wegen Bedrohung Arbeitswilliger Gefängnisstrafen gegen eine Anzahl Personen verhängt wurden.

Die „Anzahl“ Personen sind ganze drei Mann unter 200 000 Streikenden.

Wieder ein Zechenpolizist.

E. Der Markenkontrollant Gröner auf Zeche „Germania II“ betrat am 30. Januar ein Gasthaus, und bald war die hier bisher herrschende friedliche Stimmung einer hochgradigen Erregung und Empörung gemischt. Als Zechenpolizist war Gröner mit Säbel und Revolver ausgestattet — von letzterem Spitzelzug führte er sogar zwei Exemplare bei sich. Er zog eins der Dinger — scharf geladen — heraus und setzte es einem Gast auf die Brust. Dann zog er den Säbel, unter dem Ruf: „Mit Gott für König und Vaterland!“ schlug er kräftig Löcher in die Luft. — Ein Gendarm hielt es später für notwendig, zum Schutze anderer Leute und vielleicht auch des Zechenpolizisten selbst, diesem die „Schußwaffen“ abzunehmen.

Ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen soll nach dem Wunsche des v. v. Mitarbeiters der „Kreuz-Zeitung“ die Verggesetz-Novelle werden. Er schreibt:

„Wenn wir uns aber bestimmt gegen jede Unterstützung der Nichtarbeitenden aussprechen, so erümt um so lauter unser Hülfeschrei für die Arbeitswilligen gegen die agitatorischen Streiklistigen und um so dringender fordern wir gesetzgeberisches Einschreiten zum Erzwingen der berechtigten Arbeiterforderungen. Schon hat das Staatsministerium über eine Novelle zum Verggesetz beraten, und der Kaiser hat sich durch die schwere Erkrankung eines geliebten Kindes nicht abhalten lassen, der Beratung beizuwohnen. Das ist Hölle, wie wir sie verstehen! Für solche mögen die Arbeiter dankbar sein! Gott lohne sie dem Kaiser durch Gelundung des Sohnes!“

Mit Mitteilungen über Grubenschäden infolge des Streiks wird offenbar viel Mißbrauch getrieben. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ läßt sich von „autocitativer Seite“ mitteilen, daß bereits eine große Anzahl Streden verschiedener Gruben zu Bruch gegangen wären, und daran wird die Bemerkung geknüpft, daß infolgedessen nach Beendigung des Ausstandes nur eine erheblich geringere Anzahl Vergleute, als früher angelegt werden könnten. Gleichzeitig bestritt die Zeche „Bruchstraße“, daß sie durch Wasserdurchbruch gelitten habe.

Es kommt bei diesen Meldungen offenbar nur darauf an, die Streikenden in Schreden zu versetzen. Streden müssen gut verzimmert oder vermauert sein, so daß sie nicht ohne weiteres zu Bruch gehen können, und da ja nach den eigenen Angaben des bergbaulichen Vereins über 50 000 Mann arbeiten, dürften wohl Arbeitskräfte genug vorhanden sein, um die nur allmählich eintretenden Schäden in der Stredenverbauung auszubessern. Wenn wirklich Streden in großer Zahl zu Bruch gegangen wären, nachdem der allgemeine Ausstand eigentlich erst seit dem 20. Januar, also seit 12 oder 13 Tagen dauert, so würde das entgegen der sehr hiesigen Streden-zimmerung überhaupt oder auf abschließliche Vernachlässigung der Reparaturarbeiten schließen lassen. Aber wie gesagt, wir vermuten, daß mit den Mitteilungen gestunfert wird. Es ist zu bekannt und hat sich in diesem Streik wieder ganz besonders auffällig gezeigt, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ das Blaue vom Himmel herunterlügt im Interesse der Zechenbesitzer.

Die Lage.

Dortmund, 2. Februar. E. Trotz der von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche, die Streikenden zu veranlassen, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, bleiben diese hart und verlangen zunächst Garantien, daß ihre Forderungen anerkannt werden, ebenso bestehen sie auf Anerkennung der Organisation. In allen Versammlungen, die stattfinden, erklären sich die Streikenden dahin, daß an eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit nicht zu denken sei. Die Zahl der Fabrikarbeiter, welche infolge Kohlenmangels zur Arbeit zube gezwungen sind, steigt stetig. Bis jetzt werden circa 20 000 Fabrikarbeiter gezwungen sein oder bereits die Entlastung bekommen haben. Viele Löhne müssen längere Zeit oder regelmäßig einige Schichten in der Woche feiern. Das hält aber in diesen Streifen nicht ab, unentwegt zu den Streikenden zu ziehen. Kaum jemals ist die Opferfreudigkeit so groß gewesen als bei diesem Streik. Das kann aber auch jetzt schon als Folge des Ausstandes konstatiert werden, noch wie hat der Organisationsgedanke solche Verführung erfahren als jetzt. Dazu hat nicht nur das brutale Verhalten des Kohlenunternehmens beigetragen, vor allem wirkte fruchtbar die Erkenntnis von der Unzulänglichkeit aller Repressivmaßnahmen, sobald die Arbeiter in Masse gegen Brutalität und Unterdrückung auftraten. Gerade in der Eisenindustrie und sonstigen Fabriken war

das Ohnmachtgefühl gegenüber dem Fabrikpacha außerordentlich scharf ausgeprägt. Und die absolute Herrschaft, die der einzelne Fabrikant in Gemeinde oder Stadt ausübt die Wohlfahtsregeln, bilden allerdings auch eine Waffe, die gegen den einzelnen gebraucht, diesen unbedingt vernichtet, aber nun erkennen die Proletarier, daß alle die Machtmittel wirkungslos sind, wenn sie in Masse des Joches Last abschütteln. Das Selbstbewußtsein der Masse erfährt Stärkung, das Massenbewußtsein wird gemocht. Schon jetzt können sämtliche Gewerkschaften über ansehnliche Mitgliederzunahmen berichten. Jetzt heißt es die Agitation energisch betreiben, und die Arbeiterbewegung im Ruhrrevier kommt mit einem Schlage einen Riesenschritt vorwärts.

Sammlungen und Spenden für die Streikenden.

Der Gemeinderat von Rülhausen im Elsaß hat einstimmig 5000 M. für die Streikenden bewilligt.

Der nationale Arbeiterverband für Kassel-Melsungen hat einen Sammelauftrag für die Streikenden erlassen. In dem Auftruf wird die Ablehnung der Verhandlungen mit den Arbeitern durch die Unternehmer bedauert.

Aufforderung zum Streikbruch.

E. Die „Phönix“-Ruhrort fordert ihre gekündigten Eisenarbeiter auf, sich als Arbeitswillige für Zeche „Westend“ zu melden. Wie auf anderen Werken wird man wohl auch hier mit solchen Aufforderungen wenig Erfolg haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Februar.

Die preussische Polizei unterhält russische Spionagen!

Seit Beginn der russischen Unruhen ist die preussische Polizei, d. h. ihre Zentrale am Berliner Alexanderplatz mindestens so geschäftig, wie ihre russischen Brüder. Allerdings geht sie noch nicht mit Petischen und Kleinfährigen gegen die Russen vor, aber umso eifriger benutz sie den seit längerer Zeit organisierten Spionagedienst gegen die in Berlin sich aufhaltenden Russen.

Die Reichsregierung hat seinerzeit mit zynischer Offenheit zugegeben, sie habe der russischen Regierung erlaubt, daß russische Agenten hier eine Filiale des Polizei-Absolutismus unterhalten dürfen. Man hat aber abgelehnt, daß die russische Spionagenagentur ihrerseits eine polizeiliche Tätigkeit ausübe. Nunmehr erfahren wir aber, daß die preussische Polizei noch etwas Schlimmeres tut, daß sie Praktiken gestattet, wie man sie in einem Kulturstaat nicht für denkbar halten sollte. Aus einer absolut zuverlässigen Quelle erfahren wir, daß die preussische Polizei unter den Berliner russischen Studenten selbst zwei Spionagerepäsentanten aufhält, die nach dem Alexanderplatz über alles berichten, was in den Kreisen der russischen Studenten vorgeht.

Naturngemäß hält das Polizeipräsidium diese ihre nichtswürdige Korruptionspraxis ähnerst geheim. Zum Glück aber kommt auch das, was am Alexanderplatz gesündigt wird, ans Licht der Sonne.

Die beiden studentischen Spionagen besaßen aus dem Geheimfonds der politischen Polizei ein Monatsgehalt, und zwar vereinigt die preussische Polizei mit ihrer Mißachtung der in Kulturländern üblichen Ehrbegriffe noch eine geradezu schmutzige Ankauferei. Von den Halunken, die sich zu Verräterdiensten gegenüber den eigenen studentischen Freunden hergeben, wird der eine mit 75 M., der andere mit 60 M. monatlich besoldet. Der mit 75 M. angestellte Spionage ist schon über ein Jahr für die politische Polizei tätig, während der andere erst vor einiger Zeit in das Reich gegangen ist. Man sieht, daß auch die politische Polizei kaum mehr als 30 Silberlinge für Judasdienste zur Verfügung hat.

Der Polizeirat Henninger hat bei der politischen Polizei ein besonderes Spionagemissariat eingerichtet, dem der Kommissar Künze vorsteht. Hinzü Kriminalbeamte arbeiten in diesem Missariat, die weiter nichts tun, als russische Studenten zu bespionieren. Herr Henninger hat die Hoffnung, durch eine möglichst ergiebige Tätigkeit auf diesem Gebiete und ein energisches Vorgehen gegen die russischen Studenten oben seine Beliebtheit zu steigern und seinem Ehrgeiz eine willere Karriere zu ebnen.

Die politische Polizei arbeitet gewohnheitsmäßig mit Nichtgenktem. Aber auch die Polizeiumflichkeit sollte ihre Grenze haben, und wir glauben, daß sich kein gestitteter Mensch findet, der diese Art Spionagedienste in den russischen Studentenkreisen auch selbst von „polizeitechnischen“ Standpunkte für zulässig hält.

Die russischen Studenten aber möchten wir zu erneuter und erhöhter Vorsicht mahnen. Sehr ehrenvoll ist es übrigens auch für die Berliner Universität, die ja schon seit Jahr und Tag die intimsten Beziehungen mit der preussischen und russischen Polizei unterhält, daß sich in ihrer Mitte auch Kommilitonen befinden, die für 75 und 60 Mark monatlich ihre Freunde verraten.

Das Saarbrückener Urteil aufgehoben!

Wie uns ein Privattelegramm aus Leipzig meldet, hat das Reichsgericht das Urteil gegen den Vergarbeiter Krämer wegen Verleumdung der staatlichen Vergverwaltung aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung vor das Landgericht Trier verwiesen. Die Gründe der Aufhebung des Urteils sind noch nicht bekannt, es läßt sich darum augenblicklich nicht feststellen, welche Revisionsgründe für wesentlich erachtet worden sind. Das Revisionsbegehren hatte sich sowohl auf Gründe formalrechtlicher Art, auf saarabische Besonderheiten des Beweisverfahrens, als auch auf materielle Gründe gelehnt. Es hatte die Anwendung des Verleumdungsparagraphen auf ein Werturteil (daß nämlich die Höhe der Löhne in keinem Verhältnis zu den Ueberhöhen stände) bemängelt, ferner die Auffassung des Saarbrückener Gerichts, daß Mahregelungen aus Gründen der politischen Betätigung im Staatsbetriebe keinen Mißbrauch der Amtsgewalt darstellten, nachdrücklich belämpft.

Und schließlich hatte der Verteidiger Wolfgang Heine in der reichsgerichtlichen Verhandlung am 20. Januar ausgeführt:

Es ist zu beklagen, daß der Einfluß der Vergbehörde sich auch bei Gericht äußert. Das Gericht hat sich in hohem Maße unter dem Einfluß jener geistigen Strömung gezeigt, die zu bestämpfen Aufgabe der Krämerschen Flugblätter war. Es ist deshalb im Interesse einer verurteilungslosen Behandlung der Sache gelegen, die erneute Verhandlung einem Gericht zu übertragen, das außerhalb des Bannkreises dieser Gedanken liegt.

Indem der I. Strafsenat des Reichsgerichts den Fall Krämer an das Landgericht Trier verwies, hat er gezeigt, daß er sich den Befürchtungen des Verteidigers nicht zu verschließen vernag. Den Saarbrückener Richtern ist es reichsgerichtlich bestätigt worden, daß sich der Einfluß der saarabischen Vergbehörde in Saarbrücken auch bei Gericht äußere, daß sie unter dem Einfluß saarabischer geistiger Strömungen stehen und im Bannkreise hiesiger Gedanken befangen seien. Ein nettes Kompliment, aber kein unverbientes, für die preussische Justiz im allgemeinen und die saarabische im besonderen! —

Deutsches Reich.

Zurückziehung des Kontraktbruch-Gesetzes.

„Volks Bureau“ verbreitet eine telegraphische Meldung der „Königsberger Hartungschen Zeitung“, wonach die preussische Regierung dem Vorsitzenden der betreffenden Kommission des Abgeordnetenhauses mitgeteilt habe, daß sie auf die Weiterberatung des Gesetzes betreffend den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter verzichte, da sie noch weitere Ermittlungen über die Materie anstellen will.

Die Regierung hat wohl sehr ungünstige Erfahrungen mit der Wirkung des Besetzungswurfs auf die Landarbeiter gemacht, daß ihr diese plötzliche Erleichterung kommt. Uebrigens schade um das schöne Agitationsmittel, das uns auf diese Weise verloren geht.

Die bedrohte „akademische Freiheit“.

Zurzeit tobt innerhalb der deutschen Studentenschaft eine Protestbewegung gegen die Beschränkung der „akademischen Freiheit“. In verschiedenen Städten, in Marburg, Charlottenburg und in den letzten Tagen auch in Berlin, haben Studentenversammlungen stattgefunden, in denen entsetzter Protest gegen diese Beschränkung der akademischen Freiheit erhoben wurde.

Welche Ursachen hat denn nun eigentlich dieser oppositionelle Sturm? Studentenausschüsse hatten gefordert, daß der Kultusminister gegen die konfessionellen Studentenausschüsse vorgehe und ihnen das Recht verweigere, an den Studentenausschüssen teilzunehmen. Der Kultusminister hatte diese Forderung abgelehnt und dabei das Wort fallen lassen, daß eine „akademische Freiheit“ für die Behörden nicht existiere, daß es sich vielmehr um ein eingebildetes und angemessenes Recht der Studenten handle. Hiergegen wurde nun in den Studentenkreisen mobil gemacht. Eine Versammlung in Charlottenburg erhob klammernden Protest gegen diese Verneinung der akademischen Freiheit; ihr folgte eine Versammlung in Marburg, in der in demselben Sinne Protest erhoben wurde. Schließlich beschäftigte sich auch eine Berliner Versammlung mit dieser Bedrohung der akademischen Freiheit.

Bisher hat man bei uns in Deutschland nichts davon gemerkt, daß die Studenten sich so sehr für die Freiheit ins Zeug legen. Unter der „akademischen Freiheit“ verstand man bis jetzt meistens nur, daß die Studenten sich alle möglichen Exzesse unter der Einwirkung alkoholischer Stimmung gestatten konnten, ohne dafür in demselben Maße wie andere Staatsbürger strafrechtlich verantwortlich gemacht zu werden. Für Ausschreitungen, die, wenn sie von Arbeitern begangen worden wären, auf langjährige Zuchthausstrafen erkannt worden würde, wurde bei Studenten bei Verurteilung des „ungehörigen Jugendbranges“ nur auf winzige Geldstrafen erkannt, damit die Karriere der angehenden Staatsdiener nicht verdoeben werde. Handelt es sich diesmal bei dem Kampfe um die akademische Freiheit um die Wahrung wertvoller Güter? Schon die Ursache des ganzen Strahles beweist das Gegenteil. Man mag über konfessionelle Studentenverbindungen denken wie man will. Jedenfalls verstoßen sie nicht im geringsten gegen die akademische Freiheit. Warum sollen sich die Studenten nicht auch nach ihrer Konfession zusammenschließen? Mit wissenschaftlichen Beweggründen haben konfessionelle Verbindungen allerdings nicht das geringste zu tun. Aber auch die übrigen Studentenverbindungen, in denen der Kultus einer blödsinnigen Scheinbigkeit und einer ausschweifenden Divergenz gepflegt wird, haben ja mit wissenschaftlichen Bestrebungen verflochten wenig zu tun. Zum Ueberflus beweisen aber auch die Protesterklärungen der Studenten selbst, was diese Herren eigentlich unter „akademischer Freiheit“ verstehen. So heißt es in der Protesterklärung der Marburger Studentenschaft wörtlich:

„Die unbedingte Lehr- und Lernfreiheit dehnt sich von selbst aus auf das uneingeschränkte Recht der freien Meinungsäußerung, des freien Handelns auf dem Boden deutscher Gesinnung und des freien unbeeinträchtigten Gedankenaustausches mit Gleichgesinnten.“

Hier wird also das Recht der akademischen Freiheit ausdrücklich beschränkt auf die Betätigung auf dem Boden deutscher Gesinnung, d. h. eines öden Rationalismus und Chauvinismus. Etwas verständlichere Ansichten traten ja allerdings in der Protestversammlung der Berliner Studenten hervor. Nachdem man sich eine Zeitlang über die konfessionelle Frage gestritten hatte, wurde von einem Ingenieur auch auf die Behandlung der russischen Studenten Bezug genommen und betont, daß eine solche Einmischung der Polizei in akademische Angelegenheiten ebenfalls verwerflich sei. Wenn man aber wirklich für die Freiheit der Wissenschaft hätte eintreten und die Einmischung der Polizei aus politischen Gründen hätte beurteilen wollen, so hätte man nicht den jetzigen ganz nebensächlichen Anlaß abzuwarten brauchen. Im Gegenteil hätte man schon im Jahre 1902 auf allen Universitäten einen geharnischten Protest erheben müssen, daß die Universitätsbehörden sich zu Polizeidiensten gegenüber dem russischen Absolutismus hatten gebrauchen lassen. Waren doch seit dem Wintersemester 1902 die Papiere russischer Studenten nach dem Polizeipräsidenten geschickt worden und das Berliner Polizeipräsidenten teilte sich dann mit der russischen zuständigen Polizeibehörde in Verbindung. Damals sprach selbst die „Frankfurter Zeitung“ von einer „allerhöchsten Beeinträchtigung der akademischen Freiheit“. Auch die famose lex Krons, auch die Wahregelung sozialistischer Studenten, sogar eines Kieler Studenten, der deshalb relegiert worden war, weil er den „Empirizismus“ gegen einen akademischen Feldzug frommer Professoren in Schutz genommen, hätte den Freiheitsdrang der deutschen Studenten entflammen müssen. Es geschah aber nichts dergleichen. Erst jetzt, wo es sich um eine ganz nebensächliche Angelegenheit handelt, bricht eine Protestbewegung gegen das preukische Kultusministerium wegen der „akademischen Freiheit“ aus. Nach alledem kann man wohl nicht erwarten, daß auch die sozialdemokratische Presse diesen grotesken Freiheitskampf unserer Korps- und Vierstudenten irgendwie ernst nimmt.

Nach nicht genug Zwischenbedürfnisse an russisch-polnischen Auswanderern hat der Norddeutsche Lloyd. Er teilt mit, daß er Unregelmäßigkeiten bei den Agenten in seinen Kontrollstationen entdeckt hat. Diese haben nämlich zum Teil Auswanderer nach Antwerpen befördert und um das zu verhindern, soll die ganze Grenze von Dänemark an bis in den äußersten Norden gesperrt werden, damit sämtliche Auswanderer über Deutschland durch den Norddeutschen Lloyd befördert werden können. Als Grund gibt man an, Deutschland vor der Ueberflutung durch kranke Auswanderer zu schützen und das Mittel soll sein, noch mehr Auswanderer als bisher nach Deutschland zu ziehen.

Zur Ruffrat-Affäre. Nicht vor einem Oldenburger, sondern vor einem auswärtigen Gerichte wird aller Voraussicht nach der nächste Ruffrat-Prozess, d. h. die Klage gegen den Kellner Meyer wegen Meineides, zur Verhandlung kommen. Wie ein Oldenburger Blatt meldet, hat man sich um keinerlei Unklarheit zu lassen, entschlossen, auch die Mitglieder des Oldenburger Landgerichts als Zeugen zu vernehmen, da sie ihrer Beziehungen zum Ruffrat wegen immerhin Kenntnis von den in Frage stehenden Vorgängen haben können. Die Folge würde dann sein, daß die Mitglieder des Landgerichts als Richter in dieser Sache nicht fungieren können und daß der Fall Meyer somit vor ein auswärtiges Gericht verwiesen werden muß.

Polizeienator und Sittlichkeitsverbesserer. Vor der Strafkammer in Hannover hatte sich der Senator und Kaufmann Theodor Nisch aus Springe wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. In dem Städtchen Springe — bekannt durch die alljährlich dort an den Hängen des Deistergebirges veranstalteten Kaiserjagden, leider aber auch weniger rühmlich bekannt als Schauplatz des traurigen Dramas v. Vennigsen-Falkenhagen — beleidete Nisch das Amt eines Senators und war als solcher auch Leiter der Polizei. Diese Eigenschaft hinderte ihn insofern nicht, seinerseits das Gesetz in der schlimmsten Weise fortgesetzt zu übermitteln. Viele Kinder, die in seinen Läden kamen — er handelt mit Schokolade — auch ganz kleine, mußte er in sein Zimmer zu locken, wo er sie dann in unerlaubter Weise berührte. Der würdige Herr Senator, der sich der Entdeckung seines Gebarens zunächst verhaftet, dann aber gegen sehr hohe Kaution freigelassen worden war, hat nunmehr seine Strafe erhalten. Nach sehr eingehender Verweisung, die nicht öffentlich war, verurteilte ihn das Gericht zu einem 1/2 Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Südwestafrika.

Berlin, 2. Februar. Amtliche Meldung. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Geforbren: Reiter Hermann Weese, geboren am 14. 10. 1882 zu Haar, am 25. Januar d. J. durch Schuß in den Unterleib, angeblich (?) auf der Jagd bei Buliro durch Gexeros erhalten; verwundet: Reiter Emil Wolf, geboren am 9. 7. 1884 zu Schönbeil, am 24. Januar d. J. im Patrouillengefecht in der Nähe von Olafwa leicht verwundet; vermisst: Stabsveterinär Johann Rogge, geboren am 25. 9. 1896 zu Nordert, sowie Reiter Hermann Feibicke, geboren am 8. 6. 1882 zu Berlin, in den Dänen östlich Lüderibucht vermisst.

Husland.

Die Niederlage von Mailand.

Rom, 30. Januar. (Eig. Ber.)

Wie nach dem letzten Mißerfolg bei den partiellen Wahlen des vorigen September zu erwarten stand, haben die Sozialisten beider Tendenzen gestern bei den allgemeinen städtischen Wahlen in Mailand eine vollständige Niederlage erlitten.

Seit den Wahlen von 1899 war die Mehrheit den sogenannten Volksparteien, d. h. dem Bündnis der Radikalen, Republikaner und Sozialisten geblieben. Die Stadtverwaltung lag also bis zum Dezember 1904 in Händen der Volksparteien. Im Dezember unterlagen sie dem Bündnis der Konservativen mit den Merikalen. Bei den infolge dieser neuen Parteiverteilung nötig gewordenen allgemeinen Wahlen, die eben am Sonntag stattfanden, verbündeten sich die außerhalb der Partei stehenden Reformisten mit den Radikalen, während die lokale Parteisektion sechs eigene Kandidaten aufstellte.

Es sind gewählt: 42 Konservative, 10 Merikale, 28 Radikale, aber kein einziger Reformist, kein Republikaner und kein revolutionärer Sozialist. Die Revolutionären haben seit Dezember 800 Stimmen gewonnen, kommen aber den großen Koalitionsgruppen gegenüber mit ihren Stimmen noch nicht in Betracht. Die Wahlen zeigen so, daß der innere Zwiespalt die Sozialisten ganz der Masse entfremdet hat. Es ist eine Position verloren gegangen, die die Partei seit fünf Jahren inne hatte, verloren nicht etwa durch erhöhte Energie der Gegner, sondern durch die Schläffigkeit und Untüchtigkeit der Reformisten, die sich mit den heterogensten Elementen, so mit den rein bürgerlichen Radikalen verbündet haben. Nur etwa 60 Proz. der Wähler übten ihr Wahlrecht aus.

Wenn wenigstens die Erfahrungen von Genua und Mailand endlich lehrten, daß die Sozialisten durch die Bündnispolitik nur den bürgerlichen Linksparteien in den Sattel helfen. Die Debatte von Mailand zeigt auch die Notwendigkeit, die Stellung der Reformisten gegenüber der Partei zu regeln. Es ist absolut unannehmbar, daß eine Partei, die sich nicht mit der sozialistischen Parteisektion, wohl aber mit den bürgerlichen Radikalen verbündet, eines ihrer Mitglieder, den Abgeordneten Turati, im Parlament der Parteifraktion zurechnet. Wenn Turati diese Unvereinbarkeit nicht fühlt, so sollte sie die Fraktion fühlen.

Gull-Kommission.

Heute vormittag wurde wieder Kapitän Clado vernommen. Er erklärte, Admiral Koschijewensky habe sich in einem Briefe an ihn bitter über die nervöse Haltung der englischen Presse am Tage nach dem Zwischenfall, wo ihr Einzelheiten noch nicht bekannt waren, beschwert. Der Junge erklärte ferner, er habe in Vigo von den durch die englische Presse verbreiteten Gerüchten gehört, daß zwei russische Torpedoboote auf dem Schauplatz des Zwischenfalls geblieben seien, ohne den jenseitigen Bestand zu leisten. Er sei überrascht gewesen, daß diese Gerüchte plötzlich nicht mehr umgegangen seien, und er sei der Ansicht, der Urheber dieser Gerüchte habe erkannt, daß sein Manöver ungeschickt war. Clado resümierte dann den Bericht des Admirals Koschijewensky, in welchem die Ansicht ausgesprochen sei, die Sicherheit des Geschwaders habe sofortige Weiterfahrt erfordert, ohne den Fischerbooten, deren Beschäftigungen als wenig ernst galten, Hilfe zu leisten. Clado gibt dann technische Aufklärungen darüber, wie das Boot „Crane“ indirekt getroffen wurde. Er beschreibt ferner die Vorsichtsmaßregeln, die seit der Abreise von Reval getroffen waren und den Grund zu diesen Maßregeln. Dann gibt er ein Bild der Pflichten und Rechte des wachhabenden Offiziers und erklärt, Admiral Koschijewensky habe den Befehl gegeben zur Eröffnung des Feuers. Nachdem dann noch Leutnant Ellis vernommen war, wurde die Sitzung geschlossen.

Rußland hält also jetzt seine blödsinnige Legende von dem Austausch zweier japanischer Torpedoboote in der Nordsee auf eine ganz beiläufige Notiz englischer Blätter, daß zwei russische Torpedoboote anwesend gewesen seien, ohne den englischen Booten Hilfe zu leisten. Diese angeblichen russischen Torpedoboote seien entschieden japanische gewesen!

Stafien.

Rom, 30. Januar. (Eig. Ber.) Bei den gestrigen Provinzialwahlen der Provinz Bologna, bei der die Partei ohne Wahlbündnis vorging, fielen den Sozialisten von 15 Sitzen 6 zu. Vier von ihnen wurden in Imola gewählt.

Ein neues Schandurteil. Rom, 30. Januar. (Eig. Ber.) Das Appellationsgericht von Venedig hat gestern in zweiter Instanz die Strafen von sieben Parteigenossen erhöht, die wegen sogenannter Exzesse während des Generalstreiks in Mestre verurteilt worden waren. In erster Instanz zu je 8 Monaten verurteilt, erhielten die Appellanten gestern je 2 1/2 Jahre Gefängnis. Unter den Verurteilten befindet sich der Arsenalarbeiter Wien, der bei den letzten Wahlen in Venedig Parteikandidat gegen Fradeletto war.

Dänemark.

Die Präsidentschaftswahl im Folkething ist am Dienstag erledigt worden, nachdem am Tage vorher die Reformpartei das schlaue Manöver aufgeführt hatte, den bisherigen Präsidenten Trier, obgleich er nicht mehr dieser Partei angehört, mit 61 Stimmen wieder zu wählen. Man hatte das natürlich vorher verabredet und ganz geheim gehalten. Man wollte durch die Wiederwahl Trier der Opposition abtrümmig machen. Die Sozialdemokratie und die „Folkething-Linke“ hatten Stimmenthaltung beschlossen. Welche Partei wurden bei der Wahl am Montag 85 abgegeben. Trier lehnte jedoch ab und das Folkething gab denn auch die dazu erforderliche Einwilligung. Am Dienstag wurde nun der Hofbesitzer Anders Thomsen als Folkethingpräsident mit 58 Stimmen gewählt, also mit einer Stimme über die Hälfte der sämtlichen Abgeordneten; 41 gaben weisse Stimmzettel ab. Der neue Präsident war früher Schullehrer, mußte aber diesen Beruf wegen Schwerhörigkeit und allgemeiner Schwäche aufgeben. Er ist auch schon 63 Jahre alt. Wie es scheint, hat die Regierungspartei keinen brauchbaren Mann für dieses wichtige und anstrengende Amt finden können. Als erster Vizepräsident wurde Anders Nielsen gewählt; er erhielt aber nur 53 von 98 abgegebenen Stimmen. Für ihn haben also sogar einige seiner eigenen Parteigenossen nicht gestimmt.

Uebrigens ist am Dienstag noch ein Abgeordneter aus der Reformpartei ausgetreten und hat sich zur Aufnahme in die „Folkething-Linke“ gemeldet, die danach 14 Mitglieder zählt, während die Mitgliederzahl der Regierungspartei auf 60 gestiegen ist, wenn man den im Ausland weilenden Deunyer mitrechnet. Am 1. Februar

1903 zählte die Linken-Reformpartei noch 78 Abgeordnete im Folkething. Sie hat seitdem 2 alte Mitglieder aufgenommen, also tatsächlich nun im ganzen 80 Mandate verloren. Sie ist also offenbar auf dem Wege, die parlamentarische Regierungsfähigkeit einzubüßen.

Schweden - Norwegen.

Dem schwedisch-norwegischen Gesandten in Berlin, Graf Lambé, ist vom schwedischen Minister des Aeußeren eine „erste Zurechtweisung“ wegen seiner die Norweger verlegenden Rede über die Unionsfreiheit zu teil geworden. Der Minister hat ihn aufgefordert, eine größere Diskretion und Vorsicht in seinen Äußerungen anzuwenden.

Einige schwedische Herren in Berlin, die bei der Rede zugegen waren, haben durch das schwedische Telegrammbureau eine Erklärung erlassen, durch die sie den Gesandten in Schutz nehmen und von jeder Schuld rein zu waschen suchen. Ebenso veröffentlichten einige hier anwesende Norweger eine Erklärung zugunsten des Gesandten.

Sand über das Blut!

Die Regierung Trepows setzt das Spiel fort, über den blutbesetzten Schnee Sand zu streuen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß es offenbar die jetzige Taktik des Absolutismus ist, zunächst die ökonomische Arbeiterbewegung einzulullen, indem man den Arbeitern wirtschaftliche Vorteile zwar nicht gewährt, aber in Aussicht stellt. Die Sozialpolitik, die bisher in allen Staaten Europas als Mittel für den Versuch gebraucht wurde, die politische Arbeiterbewegung zu schwächen und abzulenken, wird auch in Rußland in diesem Sinne benutzt. Aber gerade in Rußland ist es besonders klar, daß die schönste sozialpolitische Gekochung, sofern sie wirklich gegeben wird, keinerlei Wert hat, solange sie nicht durch politische Rechte beaufschlagt und gewährleistet wird. Die russische Fabrikgesetzgebung erstreckt längst in einer Fülle von Bestimmungen, die außerordentlich arbeiterfreundlich ausfallen, und wenn trotzdem das Proletariat in tieferer Not lebt, so beweist das eben, daß die auf dem Papier stehenden Bestimmungen in der Praxis keine Anwendung finden. Sozialreformereiche Bestimmungen setzen politische Freiheit voraus! Bitterden aber will den Arbeitern patriarchalisch einige Vergünstigungen schenken, damit sie ihre politischen Meinungsrechte vergessen.

Indessen, das sozialpolitische Einseitigkeit, um deswillen das russische Proletariat das Erstgeburtrecht seiner politischen Rechte verraten soll, bleibt so lange eine Attrappe, als eben Rußland nicht eine demokratische Verfassung hat. Unter der absoluten Herrschaft der Polizei und Bureaucratie ist jede Sozialpolitik Spott und Blendwerk.

Es scheint nun so, als ob nach den Vorgängen des 22. Januar der Minister Witte, der die Aufgabe hat, die westeuropäischen Geldgeber bei guter Laune zu erhalten, irgend einen Verfassungsvorschlag gemacht hat. Der „Daily Telegraph“, dessen Petersburger Korrespondent gut unterrichtet ist, hat einen Umschwung in der inneren Politik Englands in diesem Sinne angekündigt. Er behauptet, daß in zehn Tagen eine parlamentarische Kammer unter Aufsicht Wittes geschaffen werde. Diese Entscheidung habe der Zar unter dem Einfluß Wittes und des Fürsten Fernolow getroffen. Der Fürst habe zwar einen scharfen Verweis für seine offenherzige Schilderung der Lage erhalten, sei aber dann doch beauftragt worden, einen an den Minister Witte gerichteten Maß zu entwerfen, der Vorschläge zur Verhütung des Landes enthält, und dieser Maß sei auch vom Zaren unterzeichnet worden. Der „Daily Telegraph“-Korrespondent geht sogar so weit, daß er einen vollkommenen liberalen Umschwung behauptet. Die im Petersburger Gefängnis untergebrachten Verhafteten würden Donnerstag freigelassen, die Presse dürfe sich frei ausdrücken, General Trepow werde später nach der Mandatskammer geschickt.

Es ist tatsächlich etwas Wahres an dem, was der Korrespondent des englischen Blattes behauptet hat. Wenn aber der Korrespondent meint, daß beabsichtigt werde, eine liberale Scheinverfassung zu geben, so wird dieser Auffassung durch eine russische offizielle Meldung entgegengetreten. Witte hat wohl ähnliche Vorschläge gemacht, wie sie der „Daily Telegraph“ verkündet, aber er hat schließlich den Auftrag bekommen, eine Reform der sozialen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeiterfrage auszuarbeiten. Damit ist die politische Mission Wittes offenbar gescheitert.

Der Jaremski übt die alte Taktik, die besteht, neben energischer politischer Repression durch soziale Bestimmungen die Masse aus der politischen Bewegung loszutrennen.

Der Jaremski versucht es also, nachdem er die Volkbewegung im Jahre ersicht zu haben glaubt, mit ein paar papierenen Erlassen die Zufriedenheit wieder herzustellen. Der nächste Sturm aber wird den Flughaud fortwehen und auf den Straßen das vergossene Blut wieder sichtbar machen.

Die Sozialreform-Salbe.

Ein offizielles Telegramm aus Petersburg besagt: Die Meldung des Londoner „Daily Telegraph“ (die wir in den einleitenden Bemerkungen stizziert haben, Red. d. „Vorwärts“), daß der Zar einen Maß unterzeichnet habe, durch welchen u. a. der Ministerpräsident v. Witte ermächtigt wird, eine Verfassungsurkunde auszuarbeiten, ist falsch und wahrscheinlich durch folgende Umstände hervorgerufen:

Der Ministerrat hatte beschlossen, den Antrag Wittes, sich über die Vorgänge vom 22. Januar zu ärgern und Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher Vorgänge auszuarbeiten, abzulehnen, weil dies seine Kompetenzen überschreite. Witte, der seine besondere Meinung zu Protokoll gab, überreichte hierauf dem Kaiser ein Promemoria, welches die Billigung desselben fand. In der zur Beratung des Promemoria am 31. Januar einberufenen außerordentlichen Sitzung des Ministerrats wurde über eine Untersuchung der Vorgänge vom 22. Januar gesprochen und der Finanzminister beauftragt, eine Reform der sozialen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeiterfrage auszuarbeiten.

Wie wenig dieser Schwindelplan sozialer Reformen auf einen politischen Umschwung hindeutet, geht schon daraus hervor, daß man den schwankend reformerisch angehauchten Minister des Innern Swiatopolk-Mirski durch eine Trepow-Kreatur ersetzt hat. Der gewesene Minister ist so ungnädig entlassen worden, daß er zur Erholung 11 Monate ins Ausland gehen muß — eine förmliche Verbannung.

Der neue Polizeiminister.

Petersburg, 2. Februar. Der frühere Gehilfe des Moskauer Generalgouverneurs Buligin ist zum Minister des Innern ernannt. Buligin ist der ehemalige Adelsmarschall von Moskau, wo er Gehilfe des Generalgouverneurs Grafen Sergius war, des Kommandanten der Sunnenschützen vom 22. Januar.

Daß ein Günstling dieses Menschen nunmehr Minister des Innern wird, kann nur die Fortsetzung des Schreckensregiments bedeuten.

Uebrigens ist auch der Justizminister Murawjew, seines Amtes enthoben; er geht als Botschafter nach Rom.

Die Freilassung Gorkis

wird in einem kurzen offiziellen Telegramm, das nur die einfache Tatsache wiedergibt, gemeldet. Dagegen hört man nichts von der Freilassung der mit ihm Verhafteten.

Brückeneinsturz in Petersburg.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die über die Fontana, einen Newa-Kanal führende Hängebrücke ist in dem Augenblick eingestürzt, als Dragoner über sie ritten, wobei gegen 30 Reiter mit den Pferden ins Wasser stürzten.

Wie ein späteres Telegramm berichtet, fand der Einsturz mittags 1 Uhr statt. Die Zahl der die Brücke passierenden Dragoner betrug gegen 50 nebst einem Offizier. Ein Dragoner wird vermisst. Bei dem Einsturz der Brücke rissen die tragenden Seile gleichzeitig auf beiden Ufern. Die Brücke samt den darauf befindlichen Passanten, einer Nietsdrohse, Lastfuhrwerken und den vorderen Reihern der Dragoner stürzte auf das Eis, die erschreckten Pferde stürzten über das Geländer zur Seite, brachen durch das hier schwache Eis und fielen ins Wasser. Die zur Hilfe gerufene Feuerwehr versuchte die Pferde zu retten.

Ueber die Ursache des Unfalls wird nichts berichtet.

Der liberale Adel.

In Anbetracht der Freitag bevorstehenden Eröffnung der Gouvernements-Adelsversammlung diskutieren unter dem Adel zwei Anträge, ein konservativer mit 122 Unterschriften, welcher auf der vollen Erhaltung der Selbstherrlichkeit besteht, und ein liberaler, welcher die aktive Organisation der politischen Freiheit Russlands, die auf den Anfängen einer Volksvertretung beruht, verlangt. Jedoch könne die Regierung nicht früher Volksvertreter berufen, ehe nicht vorläufige Grundgesetze ausgearbeitet seien, welche die Zusammensetzung, Einrichtung und Vollmacht der Volksvertreter bestimmen; hierzu sei eine bedeutende vorbereitende Arbeit erforderlich. Andererseits sei es nicht möglich, das Land länger in der unbestimmten Lage und der zunehmenden Erregung zu lassen. Eine unverzügliche, rein prinzipielle Kundgebung des Adels in Form eines Manifestes oder allerhöchsten Reskripts wäre wünschenswert, in welchem der Wille des Monarchen ausgedrückt wird, die Staatsordnung zu verändern und erwählte Volksvertreter zu berufen. Wichtig wäre eine Zeitangabe, wann der Kaiser die Volksvertreter berufen wolle, damit Russland sich auf die Annahme neuer Einrichtungen vorbereite. Gleichzeitig sei die Ausarbeitung der Grundprinzipien für die Volksvertretung sowie der nächsten darauf folgenden Reformen notwendig. Mit der Ausarbeitung könnte eine besondere Regierungskommission beauftragt werden. Nur eine allerhöchste Meinungsäußerung hierüber und die Einsetzung der erwähnten Kommission könnte eine Beruhigung herbeiführen, das Vertrauen zur Regierung stärken und alle Untertanen mit Dankbarkeit und Hoffnung auf eine bessere Zukunft erfüllen.

Auch die liberalen Forderungen sind bedenkliche Halbheiten, da sie nicht darauf bestehen, daß eine auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einzuberufende Versammlung die Grundrechte festlegt.

Das internationale Scharfmachertum.

Ganz wie das Kohlenindustriell im Ruhrgebiet denken und handeln die Unternehmer in Petersburg. Der Verein der Petersburger Fabrikanten hat über den Ausstand ein „Gutachten“ im Stinnes-Stil verfaßt. Die allgemeinen Punkte der Forderungen der Arbeiter betreffend den achtstündigen Arbeitstag, die Teilnahme der Arbeiter an der Festsetzung des Lohnbetrages und die Regulierung der inneren Ordnung der gewerblichen Unternehmungen, sowie die Abschaffung der Strafen für das Fernbleiben von der Arbeit und das Streiken werden für indiskutabel erklärt und — der gesetzlichen Regelung überantwortet. Unterhandlungen mit den Arbeitern über einzelne Sonderforderungen werden vor Wiederaufnahme der Arbeit für unzuwennbar gehalten, voraus doch hervorgehoben scheint, daß die Arbeit in Petersburg allgemein noch nicht aufgenommen ist. Schließlich aber werden doch, unter der ausdrücklichen Warnung, daß der Streik nicht auf wirtschaftliche, sondern auf ä u ß e r e politische Motive zurückzuführen sei, Zugeständnisse gemacht, deren wichtigste sind: keine Maßnahmen zu treffen, die Arbeiter und Führer des Ausstandes ausfindig zu machen und ebenso keine besonderen Maßregeln gegen dieselben anzuwenden, sowie Mittel zu sammeln zur Unterstützung der am 22. d. Mts. geschädigten Arbeiterfamilien und hinsichtlich dieser Maßnahmen keinen Unterschied zu machen zwischen den Arbeitern, welche aus freien Stücken in den Ausstand getreten sind, und denjenigen, die hierzu gezwungen wurden. Endlich will man sogar den hilfsbedürftigen Arbeitern Unterstützung gewähren für den durch den Streik entstandenen Lohnausfall.

Die Petersburger Unternehmer scheinen also bei aller politischen Seelenverwandtschaft auf wirtschaftlichem Gebiete noch menschlicher zu sein als die Ruhrbarone!

Die Unruhen in Russisch-Polen.

Von der preussisch-russischen Grenze meldet die „Schlesische Ztg.“ vom 2. Februar:

Nachdem noch vorgestern in den russischen Grenzrevieren völlige Ruhe geherrscht hatte, sind gestern im Grenzbezirk Dombrowa Unruhen ausgebrochen und haben sich nach Sosnowice fortgepflanzt. Fröh wurde in den Fabriken in Sosnowice noch gearbeitet, dann wurde in einzelnen Fabriken das Zeichen zur Einstellung der Arbeit gegeben. Die Leute zogen in größeren Trüppchen durch sämtliche Fabriken und erzwangen die Einstellung der Arbeit. Wo man nicht gleich ihrer Aufforderung Folge leistete, stellten sie sämtliche Maschinen ab. Beim Durchziehen der Straßen faheten sie den Polizeiwachmeister ab, und dieser mußte mit ihnen marschieren. Im übrigen sind Gewalttätigkeiten nicht verübt worden. Im Laufe des Tages kam ein Kosaken-Regiment in Sosnowice an. Die russischen Gendarmekapitäne ließen die preussischen Grenzbehörden wissen, daß drüben das Publikum befürchte, es könnte preussisches Militär einrücken. Drüben sei infolge dessen bei den Leuten der Gedanke entstanden, die preussische Eisenbahnbrücke, die sich kurz vor Sosnowice befindet, zu zerstören, damit die Preußen nicht herein könnten. Vom Kattowitzer Landratsamt wurde sofort die Sperrung der Brücke angeordnet und Abteilungen Gendarmeposten dahin verlegt. Heute morgen reisten der Regierungspräsident von Duppeln und der Kattowitzer Landrat in den Grenzbezirk, um sich über weitere Maßnahmen zu orientieren. Man befürchtet, daß am heutigen katholischen Feiertage Unruhen entstehen könnten. Die erste Meldung von heute lautet dahin, daß vorläufig in Sosnowice alles ruhig ist. Ein Verlaß darauf ist aber nicht, da die Leute sehr erregt sind.

Warschau, 2. Februar. (W. Z. V.) Die auf Grund der Erklärung des verstärkten Schutzes vom Generalgouverneur erlassenen Bestimmungen unterlagen Ansammlungen auf Straßen, Plätzen und in Privathäusern. Ansammlungen an öffentlichen Orten würden durch Polizei oder Militär zerstreut werden. Der Besitz oder Verkauf von Waffen ohne Erlaubnis unterliege einer Strafe. Bei Demonstrationen müssen die Ballons und Fenster der anliegenden Häuser unverzüglich geräumt und geschlossen werden, ebenso die Hofeingänge. Falls von den Dächern geschossen oder Steine und Projektilen geworfen würden, unterlägen außer den Schuldigen auch die Hausbesitzer und Hausverwalter der Verantwortung. Auf Forderung der Gouverneure von Warschau und Petrikau haben die Besitzer von Handels- und Industrie-Unternehmungen diese sofort zu schließen. Verletzungen der Bestimmungen werden mit Arrest bis zu drei Monaten oder mit einer Geldstrafe bis zu 500 Rubeln bestraft. Die Bestimmungen gelten für die Städte Warschau und Lodz sowie für die Gouvernements Warschau und Petrikau.

Warschau, 2. Februar. (W. Z. V.) Die Zahl der während der Unruhen Getöteten ist sehr hoch und beläuft sich nach Angabe des Arztespersonals auf 600, die der Verwundeten auf mehr als

1000. Die Beerdigung der Getöteten wurde in der Nacht unter dem Schutze des Militärs vorgenommen. Viele Personen, die an der Beerdigung nicht teilgenommen haben, sind auch verwundet worden. Ein Teil der Sozialisten ist der Ansicht, daß die Plünderung der Läden von Leuten ausgeführt wurde, die dazu von der Polizei angetrieben wurden. In einem Aufruf an die Arbeiter heißt es: Hütet Euch, daß die Regierung nicht hieraus Nutzen ziehen wird, um unsere revolutionäre Fahne zu entehren. — Die Plünderungen wurden fast hauptsächlich in russischen Läden und solchen russischer Juden vorgenommen. Die Marschallowolajastraße hat am meisten gelitten.

Die Zahl der Opfer.

Der Warschauer Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet seinem Blatte, daß jetzt verhältnismäßige Ruhe herrsche.

Die Mehrzahl der Läden und Kaffeehäuser sind wieder geöffnet. Zahlreiche Patrouillen durchziehen die Straßen. Die ungefähre Zahl der Getöteten beträgt 600, der Verwundeten 1000. Das Amtsblatt gibt die Zahl der Getöteten nur auf 60 an. Der sozialistische Ausschuh kündigt einen großen Wiederbeginn der Unruhen zum heutigen Donnerstag an. Er will die ganze Bevölkerung veranlassen, herauszukommen und gegen die Truppen zu kämpfen.

Ueber die Fortdauer der Unruhen in Warschau wird gemeldet: In den Straßen dauern die Massaker fort. Das Militär greift rücksichtslos sogar ruhige Passanten an, die mit der Bewegung der Arbeiter nichts gemein haben. Nicht einmal Frauen und Kinder bleiben von diesen Angriffen verschont. Haarsträubende Szenen spielen sich im Stadtteile Nowy Swiat und in der Krakauer Vorstadt ab. Vor den Läden der russischen Kaufleute und der Branntwein-Niederlagen der Monopol-Verwaltung sind militärische Posten aufgestellt. An der Ecke der Brackgasse wurde der Student Wierzbicki, welcher, gar nichts Böses ahnend, auf dem Heimweg begriffen war, erschossen. Der Tramwayverkehr wurde unter dem Schutze der Kosaken und Dragoner wieder aufgenommen. In jedem Tramwaywagen fährt auch ein Gendarm mit.

Weiter wird aus Warschau mitgeteilt, daß das dortige Kreis-Komitee eine Kundgebung erlassen hat, in welcher behauptet wird, daß sich die Polizei und das Militär an den Plünderungen beteiligt haben. Besonders nahmen Soldaten an den Plünderungen von Schuhwarengeschäften teil und verkauften hernach die Schutze. Die Eisenbahnlinie Warschau-Wien wird bis zur österreichischen Grenze von Gendarmen bewacht, weil man Dynamitattentate gegen die Bahn befürchtet.

Die Auslandsbewegung beginnt auch auf den Dörfern um Warschau.

Die Auslandsbewegung.

Die russische Streikbewegung nimmt einen seltsamen Verlauf. Wie eine Art Steppenbrand stürmt es über alle Industriezentren. In einer Stadt nach der anderen bricht der Streik los. Die bewaffnete Gewalt veranstaltet Megeleien. Dann nach einiger Zeit erlischt der Streik, wie es scheint, nicht ohne Konzessionen der Unternehmer.

Wie weit aber die Arbeit bisher eingestellt und wieder aufgenommen ist, darüber geben die offiziellen Meldungen durchaus kein klares Bild. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß in Petersburg beispielsweise, wo doch alles wieder arbeiten soll, die Unternehmer neuerdings erklärt haben, nicht früher über Einzelforderungen mit den Arbeitern zu verhandeln, ehe nicht die Arbeit aufgenommen ist.

Ueber die Bewegung verzeichnen wir folgende Telegramme:

Witau. In den meisten hiesigen Fabriken ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der Ausstand ist jedoch noch nicht beendet.

Ulan. Die Eisenarbeiter haben teilweise die Arbeit wieder aufgenommen. In den bedeutendsten Fabriken dauert der Ausstand fort; die Stadt ist ruhig, die Zeitungen erscheinen.

Schanten (Gouv. Kowno). Seit zwei Tagen sind die hiesigen Arbeiter ausständig. Eine Beratung der Fabrikanten mit den Arbeitern ist resultatlos verlaufen. Die Stadt ist ruhig.

Samara. Die hiesigen Seher sind wieder zur Arbeit zurückgekehrt, da die Buchdruckerbesitzer ihnen ihre letzten Forderungen erfüllt. Freitag werden die Forderungen der ausländigen Maschinenarbeiter besprochen werden.

Das Attentat in Odeffa.

Die Person, die auf den Postmeister Solobin geschossen hat, heißt Abraham Stilmann. Der Gesundheitszustand Solobins ist befriedigend; die Kugel ist noch nicht entfernt worden.

Internationaler Sozialisten-Protest.

Die internationale sozialistische Parlaments-Kommission schreibt aus dem Haag:

Die französische revolutionär-sozialistische Gruppe und die P. S. de F. ersuchen das Sekretariat der internationalen sozialistischen Parlaments-Kommission im Haag, in allen Parlamenten, in denen die Sozialdemokraten Vertreter haben, die Initiative zu ergreifen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegenüber den russischen Megeleien. Von Herzen gern kommen wir dieser Bitte nach und fordern Euch auf, so bald wie möglich im Parlament Eures Landes die Gefühle der Empörung, die uns alle befeelen, zum Ausdruck zu bringen.

(Gezeichnet:) Troelsira. Van Kol.

Der Sekretär: Mannoury.

Auch das Exekutiv-Komitee des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel fordert zur intensiven Unterstützung der russischen Freiheitsbewegung auf.

Partei-Nachrichten.

Die Gemeinderatswahlen in Sachsen haben, wie sich jetzt feststellen läßt, ein befriedigendes Ergebnis gehabt. Nach den Bestimmungen der sächsischen Landgemeinde-Ordnung scheidet alle zwei Jahre ein Drittel der Gemeindevorsteher aus, während in den Städten vielsach jedes Jahr eine Drittelerneuerung stattfindet. Besondere Umstände haben es gesüht, daß in dem weitaus größten Teile der Gemeinden in den letzten Monaten der Jahre mit geraden Endziffern die Ersatzwahlen vorgenommen werden.

Gegenwärtig ist eine solche Wahlperiode abgeschlossen und eine Ueberprüfung möglich. Nach dem in den Zeitungen mitgeteilten Bericht haben unsere sächsischen Genossen in 207 Orten Erfolge zu verzeichnen; es wurden 364 Vertreter gewählt, wovon 91 der ansässigen und 273 der unansässigen Klasse angehören. Das ist ein durchaus erfreuliches Ergebnis. Im Jahre 1898 hatten die sächsischen Genossen in 83 Orten Erfolge, gewählt wurden in diesem Jahre 130 Vertreter, darunter 15 ansässige. 1900 drangen wir in 148 Gemeinden siegreich durch und konnten 279 Mandate mustern, darunter 52 ansässige. Von 1902 liegt leider keine Ueberzicht vor. Aus den bisherigen Angaben ergibt sich aber, daß wir auf erfreuliche Fortschritte zurückblicken können. Eine genaue Feststellung der jetzigen Zahl bringt wahrscheinlich die kürzlich von der Partei eingeleitete Statistik über die Gemeindevorhältnisse in Sachsen.

Aus Industrie und Handel.

Herr August Thyssen arrondiert seinen Bergwerksbesitz. Seit einigen Tagen besteht an der Börse eine Nachfrage nach Aktien der Bergwerksgesellschaft „Konfordia“-Oberhausen, so daß eine nicht unerhebliche Kurssteigerung stattfand. Wie die „Duisburger Ztg.“ erfährt, erfolgten diese Käufe im Auftrag von August Thyssen sen. und Familie Daniel. Herr Thyssen soll den Wunsch haben, in den Aufsichtsrat genannter Gesellschaft einzutreten, welchem Vorhaben aber die Familie Daniel sehr unsympathisch gegenübersteht.

Von Bergwerks-Verkaufsplänen der Regierung weiß der „Reichsbote“ zu berichten. Das Blatt schreibt: „Wie wir von einer Seite hören, die sehr wohl darüber unterrichtet sein könnte, wird das Verhalten der Bergherren der Regierung gegenüber dieser letzteren willkommener Anlaß geben, neben der schon angefügten gesetzlichen Regelung einer Anzahl der wesentlichsten Fragen, auch ihrem alten Projekt, der Verstaatlichung des gesamten westfälischen Bergbaues, neuerdings wieder näher zu treten. Nach den Vorlesungen der letzten Zeit erachtet sich die Regierung an ihr gelegentlich der Hibernia-Affäre gegebenes Versprechen, einer solchen Verstaatlichung nicht näher treten zu wollen, nicht mehr gebunden. Wie unser Gewährsmann versichert, wäre der Erwerb der Harpener Gesellschaft das nächste Ziel. Diesmal aber würde das Angebot der Regierung an die Aktionäre direkt im „Reichsanzeiger“ erfolgen und kein Versuch gemacht werden, auf dem Wege der sekretierten Vermittelung der Aktienmehrheit zu erlangen.“

Aus der Frauenbewegung.

Spandau. Eine von den Genossinnen einberufene Versammlung, die am vergangenen Dienstag stattfand, hatte sich eines ungewöhnlich starken Besuchs zu erfreuen. Lange vor Eröffnung der Versammlung war der Saal und die Galerie überfüllt. Genosse Karl Liebknecht sprach über: „Die Revolution in Russland, der Bergarbeiterstreik und die proletarische Frau“. Von starken Beifalls- und stürmischen Entrüstungskundgebungen wurden die Ausführungen des Redners unterbrochen, der ein getreues Bild von der Vuherrschaft des Jarrismus und dem gemeingefährlichen und provozierenden Treiben der Kohlenmagnaten im Ruhrgebiet entwarf. Die deutsche Sozialdemokratie habe hier eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Der Opfermut der Arbeiterklasse müsse sich also jetzt noch weit tatkräftiger bewähren als bei irgend einer früheren Gelegenheit, denn von dem Erfolg beider Kämpfe hänge es ab, ob wir auf dem Wege zur Befreiung vom Joch des Jarrismus und des Kapitalismus einen merkwürdigen Schritt vorwärts kommen oder ob wir gar um Jahre in der Entwicklung gehemmt werden sollen. Die Sonne geht im Osten auf, und dem Osten kommt auch den deutschen Arbeitern die Befreiung! — Die Versammlung nahm von einer Diskussion des Referats Abstand, worauf folgende Resolution einstimmig Annahme fand:

„Die Versammelten sprechen sowohl den Klassenkämpfern des Ruhrgebiets als ihren um die Befreiung vom blutigen Despotismus kämpfenden russischen Brüdern vollste Anerkennung und Bewunderung aus. Sie versprechen, alles daran zu setzen, damit diesen Kämpfen die notwendige moralische und finanzielle Unterstützung zu teil werde. Nieder mit dem Jarrismus! Nieder mit dem Kapitalismus!“

Alldann wählte die Versammlung zur Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Spandaus die Genossin Frau Appold. Neger gab noch bekannt, daß der bisherige Ertrag der Geldsammlung für die Bergarbeiter etwa 1700 M. in Spandau betrage. Er forderte zur regen Beteiligung an dem Unterhaltungs-ABC auf, der am Sonntag, den 5. d. M., im Rumfischen Lokale zum Besten der Bergarbeiter veranstaltet werde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Verhandlungen der sächsischen Bergarbeiter gescheitert. Breslau, 2. Februar. (W. Z. V.) Die Verhandlungen, die gestern und heute mit den Vertretern der ausländigen Bergleute auf der „Königin Luise-Grube“ wegen Beilegung des Ausstandes geführt wurden, sind der „Schlesischen Zeitung“ zufolge ergebnislos geblieben.

Aus der Hull-Kommission.

Paris, 2. Februar. (W. Z. V.) In der Nachmittags-Sitzung wurde Leutnant Schrammichens vom Linienschiff „Vorodino“ vernommen. Er sagt aus, daß man unmöglich vom Bord eines Panzeres ein Fischerboot für ein Torpedoboot hätte halten können; er habe ein Torpedoboot sich auf ungefähr eine Meile nähern sehen. Die Anwesenheit der „Kamischatka“ habe keinen besonderen Eindruck am Bord der „Vorodino“ hervorgerufen. Der englische Kommandant Keames, der von O'Veirne berufen wurde, legt die Möglichkeit dar, daß man auf große Entfernungen selbst mit einem Scheinwerfer ein Fischerboot für ein Torpedoboot ansehen könne. Auf eine Bemerkung Journiers kommt Zeuge jedoch von seiner Ansicht zurück. Der norwegische Lotse Christensen erzählt, er habe in der Nacht des 21. Oktober in der Nordsee ein Torpedoboot gesehen und beschrieb das Boot, ferner habe er am folgenden Tage um drei Uhr früh mit voller Gewissandigkeit ein ähnliches Schiff gesehen.

Auf Erfragen des Vorkaufssekretärs Mandelstamm gibt der Zeuge eine genaue Beschreibung des Torpedobootes, das er am 10. Oktober gesehen habe und des Fahrzeuges, das er am 21. bemerkt habe; er sagt schließlich, das Torpedoboot sei von Fischerbooten umgeben gewesen. Darauf wird die Sitzung aufgehoben.

Spaltung der demokratischen Gruppe in der Deputiertenkammer.

Paris, 2. Februar. (W. Z. V.) Nachdem die Gruppe der demokratischen Vereinigung in der Kammer gestern als früherer Lehnged gewählt hatte, der unter dem früheren Kabinett sich häufig von der Mehrheit getrennt hatte, trafen mehrere Mitglieder von dieser Gruppe aus und bildeten eine neue, welche die Notwendigkeit darlegte, den republikanischen Bloc der reaktionären Koalition entgegenzusetzen.

Paris, 2. Februar. (W. Z. V.) Combes, der die Führung der demokratischen Gruppe im Senat übernommen hat, hielt eine Rede, worin er auf die Notwendigkeit hinwies, das Programm des früheren Kabinetts zur Ausführung zu bringen und von der neuen Regierung zu verlangen, sich deutlich zu erklären, daß sie sich nur auf die republikanische Majorität stützen wolle.

Paris, 2. Februar. (W. Z. V.) Senat. Das Haus berät das Militärgesetz, nimmt den Artikel 1, wonach der Dienst für alle obligatorisch ist, an und lehnt mit 205 gegen 53 Stimmen ein von dem Kriegsminister Berteaux belästigtes Amendement ab, wonach diejenigen, welche Familien zu unterstützen haben, vom Dienst befreit sein sollen.

Paris, 2. Februar. (W. Z. V.) Der Senat hat die sechzehn ersten Artikel des Militärgesetzes angenommen.

Der internationale Bergarbeiter-Kongress findet nicht statt.

Leus, 2. Februar. (W. Z. V.) Es heißt, daß der internationale Kongress der Bergarbeiter, der für Sonnabend in Dover beabsichtigt war, nicht stattfinden wird, da die deutschen Abgesandten in Brüssel erklärt haben, daß der Kongress jetzt unnötig sei, weil der Zweck der Besuche der Ausständigen bei ihren französischen, englischen und belgischen Kameraden erreicht sei.

20.20. Liste 4829 13.45. Liste 5176 23.50. Lopez u. Rabein b. Karl Müller u. Co., Blücherstraße 15., R.-Gefangn. Waldkapelle II 1887 15., Raudol. Consequenz, R. d. H. M. A. 3., Liste 5592 d. Besch 23.50. Lotterio, Artona 5., R. R. u. St. R. d. deutsch. Wagenbauer (E. S. S.) Berlin 6 20., Liste 4843, Tischl. b. Lufat u. Weisberg, 2 Rate 15.00. Stamm. Reindorf d. Hirtle 6., Gemeinsh. Kartell. Gr.-Lichterfeld d. Holz 30., Raudol. Barinas, Haack 4.25. Koll. d. F. Schiffer u. Co. nicht Publiert 9.50. The S. S. White Dental Mfg. Co., Lindenstr. 37 30., Raudol. List 10., Liste 6904 d. Sträger 19.75. Liste 6905 d. Sträger 18.50. Rasteb. R. R. u. St. R. d. Wogand, Pl. Schöneberg 9., Liste 4669 d. Rupp 8.05. Liste 4847/48, Personal bei Adam Schneider, 2 Rate 111.70. Liste 3941, 50. Wäbische Turner 33.65. Liste 5971, Wäbische M. Gärtners 21.35. Verein der Chemigraphen auf Aktien, Filiale Berlin 238.45. Liste 5826, Bergmann, Abteilung Lichterfeld u. Franke 33.60. August Scherl, Abteilung Kaufher, 7., August Scherl, Abteilung Gartenlaube 3.50. Liste 4710 durch Frankenstein 21.65. Verband der Buchbinder, Jahreshilfe Berlin, Konto auf Aktien 200., Tischl. d. Heinzbaier u. Co. 11., Verein Berliner Hausdienen: Liste 4606 26.30, 4642 8.65, 5308 12.75, 5304 16., 4637 13.20, 4901 23.15, 4643 12.10, 4622 17.40, 4609 11.35, 5505 18.00, 4607 13.45, 4618 14.65, 4648 15.70, 4627 9.50. Liste 5893, Profabrik Wiltner 18.50. Geburtstagsfeier der Werkmeister von Heh und Sohn 7., Rauer und Hilfsarbeiter b. Franke und Laube 13.65. Liste 708 12.25. Hülfsverein „Einigkeit“ durch Albrecht 5., Geburtstagsfeier Karl Peter, Zahnstraße, durch Lehmann 3.55. Gesamt. von 15 Malchinbäuer u. Lehrlingen 5.70. Drachsbinder b. Kern u. Gehl. Ludwig 10., Von einem Handeln 4., Besch. d. Tischlermeister H. Basfänger 21.55. Regell. „Kameras“, Kummelburg 10., Dr. P. 2. 20., Bier Hille Soat 30., Liste 5103/4, gef. durch Hehrigel, Oberwalde 40.10. 21 Angestellte d. Firma H. Jany sel. Bw., Magdeburgerplatz 13.25. R. W. Brandt, Bleibtreustr. 10.05. Driso, Neubabelsberg, Besch. Tischl. Buchdr. 20., Gefangn. „Schuldorn“ beim Unterfeld 28. 1. 06., 1. Rate 50., Besch. bei einem Fernrohr 18.81. Badbierfeld d. Rest. Rasthof 10., Fr. Abraham u. Verkauferin, Kummelburg 3.05. Feinr. Heide, Badstr. 17, Schuß 5., Besch. d. F. Kaufe, Bau Flora, d. R. Hupp 12., Brig. Konasstr. 7 3., Esai im Versteher. Königsplatz 2., Gef. unter drei Verträgen 3., Brauerer-Hilfsklub, f. d. Gilden im Ruderverein, R. S. G. 2.30. Anstaltliche Urtr., Gr.-Lichterfeld-Tempelhof 5., Tischl. d. F. Lubzinski u. Co., Elisabethstr., 2. Rate 5., Wanderer. „Fasane“ 1., Maler d. F. Böcklinghaus u. Heinen, Neub. Kanitz 4.35. Person d. F. Risch, Haase, Dramenbürg 6.15. Angst. d. D. R. A. d. Steindruder 8., Aus dem Reide Budde 4., Besch. d. Wäbische-Mecher, Listen: 2122 10.25, 4235 6.45, 4295 23.70, 4240 10.50, 5392 34.35, 5394 22.60, 5395 51.35, 5947 58.30, 5955 33.55. Liste 5937, Täpler, Bau Hoff, Gieselerstr. 6.50. Freundsch. Hilfsklub d. Altmärker, Besch. W. 5., Liste 5926 12., Wolowitsch, Kirchof 9.40.

Von der Gewerkschaftskommission Charlottenburg gingen bei uns folgende Beiträge ein:
Auf Listen: Liste 34, Wig u. Genes, Charlottenburger Werk 24.10. Liste 72 3.90. Liste 71, Buchdruckerei „Gutenberg“ 4.80. Liste 339 18.50. Liste 370 9.15. Liste 16 1.00. Liste 197 9., Liste 224 12.05. Liste 362 31., Liste 228 5.40.
Sontige Zuweisungen: Russische Freunde 15., Arbeiter-Radfahrverein „Charlottenburg“ (Kl. d. R. A. S. „Solidarität“), durch C. Freilag 10., Porzellanmacher und Maler der Firma Haldemwanger, Charlottenburg, 1. Rate 25., Ortsverein Charlottenb. Buchdrucker 25., Von der Gewerkschaft der Maler, Charlottenburg 200., 295.10. Summa 4208.32 R. Bereits quittiert 53 146.32 R. Im ganzen 37 484.64 R.
Für Charlottenburg sind Listen zu haben bei Paul Schulze, Charlottenburg, Friedbergstr. 24, Gartenhaus III.
Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.
Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15, vorm. 9-1 und nachm. 4-8 Uhr.
Bei größerem Andrang der Personen erfolgt die Abnahme der Gelder und Ausgabe der Listen im Saal 3 des Gewerkschaftshauses.
Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an A. K. R. Engel-Ufer 15, zu richten.
Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Da erledigte sich in einem Gefangenen in die Dirigentenstelle. Ein Kollege schlug nun der Vereinsleitung den jungen Mann als Kandidaten für den Posten vor. Doch der Jüngling gab auf eine Anfrage folgende abschlägige Antwort: „Ich kann nicht zugeben, da ich in Augsburg als Einjährig-Freiwilliger diente, Reserve-Offiziersaspirant bin und als solcher, wie man uns beim Regiment einschärft, keinem Verein beitreten darf, der nicht über alles erhaben ist.“
Die armen Kinder, die diesem Tölpel überantwortet sind.
Zur „General-Flotilla“-Katastrophe. In Sachen des früheren Inspektors der Schiffahrts-Lundberg, der im Zusammenhang mit dem am 15. Juni stattgehabten Brande des Dampfers „General-Flotilla“ des Lotschlags angeklagt war, konnte die Jury sich nicht über einen Wahrspruch einigen. Das Verfahren gegen Lundberg wurde infolgedessen eingestellt. Im Laufe der Verhandlung ordnete der Richter die Freilassung des früheren Inspektors der Kessel-Fleming an, da Zahlmäßigkeit nicht erwiesen sei.
Wasserstand am 1. Februar. Elbe bei Magdeburg + 1.00 Meter, bei Dresden - 1.30 Meter, bei Magdeburg + 0.82 Meter. - In der Elbe bei Strahlburg + 1.14 Meter. - Oder bei Kattow + 1.92 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5.02 Meter, bei Breslau Unter-Regel - 0.96 Meter, bei Frankfurt + 1.14 Meter. - Weichsel bei Brahmehnde - 0.96 Meter. - Saale bei Jöben - 0.96 Meter. - R. e. b. bei W. + 1.26 Meter.
Witterungsübersicht vom 2. Februar 1905, morgens 8 Uhr.
Stationen: Barometerstand mm, Windrichtung, Wetter, Temp. in C., Stationen: Barometerstand mm, Windrichtung, Wetter, Temp. in C.
Eutinende 745 B, 3 Bedeckt, 3, 742 B, 2 Nebel, -30
Damburg 747 B, 2 Groffent, 2, 743 B, 1 wolkenl, -19
Berlin 749 B, 5 Regen, 5, 767 B, 5 wolfig, 8
Frankfurt a. M. 750 B, 3 Bedeckt, 6, 747 B, 8 wolfig, 4
München 762 B, 7 Bedeckt, 4, 765 B, 3 Bedeckt, 7
Wien 761 B, 3 Bedeckt, 4
Wetter-Prognose für Freitag, den 3. Februar 1905.
Ein wenig kälter, zeitweise anflutend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und starken westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 3. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Carmen.
Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Helden.
Berliner. ... so ist die Kessing. Die Weber.
Westen. Die neugierigen Frauen.
National. Die Zuzehrat.
Rational. Die Jüdin.
Neues. Der Graf von Charolais.
Thalia. Der Kilometersteher.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater). Medea.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rädelisches Theater). Fuhrmann Henschel.
Reines. Die Neudemähten. - Abschließender.
Rehden. Herculespfeilen.
Lustspielhaus. Der Familienstag.
Trianon. Die glückliche Gilberte.
Deutsch-Amerikanisches. New York. Luffen. Höhere Töchter.
Kafino. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Ragim.
Belle-Alliance. Lumpenpackwagen.
Carl Weiß. Geld und Name.
Apollo. Berliner Luft. Radrennen Robl-Arend. Spezialitäten.
V. ... ge-Theater. Bernhard. Willi Reager. Anf. 5 Uhr.
Grenzfeld-Theater. Heinz Lehn in Wäbde.
Palast. Philippine Besser. - Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 18/19. Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Hörssaal 8 Uhr: Dr. v. Urrah: Bier, Wein und Spiritus.
Zentral-Theater. Invalidenstr. 57/62. Neu! Neu! Neu! Das Erwachen des Poseidon!
Friedrichstr. 165.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Hörssaal 8 Uhr: Dr. v. Urrah: Bier, Wein und Spiritus.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu! Das Erwachen des Poseidon!
Zentral-Theater Invalidenstr. 57/62.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Franz Lehar.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.
Sonnenabend, nachmittags 4 Uhr: Kämelinchen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: **Medea.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Sonnenabend, abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Don Carlos.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Pension Schöller.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Rädelisches Theater). Freitag, abends 8 Uhr: **Fuhrmann Henschel.** Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Sonnenabend, abends 8 Uhr: **Familie Schlerke.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Der Geizige.** (Herauf: Der Hexenfänger.)
Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Haubenleiche.**

Zirkus Busch.
Fortsetzung der Großen Internationalen Ringkampf-Konkurrenz!
M. 7500 Geldpreise in bar.
Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Vegas.
Schiedsrichter: Herr F. Linke, 1. Vorsitzender des Athleten-Vereins „Atlas“, Herr A. von Gurecki, Vertreter der „Illustr. Athletik-Sportzeitung“, München, Herr Oskar Hertel, Vorsitzender des Athleten-Klubs „Roland“.
Heute treten in Konkurrenz: (Beginn der Ringkämpfe gegen 8 1/2 Uhr.)
1. Wenzel Konba gegen Hans Lang Bayern Bayern
2. Josephe Vandemerkele Henry Bouqu Flandern Frankreich
3. Georg Sireng Sali Szuliman Bester Ringer Berlins Türkei
4. Emil Vervet Josef Smejkal Weltmeister im Leichtgewicht Böhmen
Außerdem: **Katharina II.** Große Ausstattungsgesellschaft. Original-Bantomime des Zirkus Busch in 6 Akten und das vorzüglichste Gala-Programm.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bander. Josef Ciampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritzi Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballott.) Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Geld und Name.
Schauspiel in 5 Akten von R. Meade.
Sonnenabend, nachm. 4 Uhr: Frau Holle. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Senta Wollsborg.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Emilia Galotti.
Trauerspiel in fünf Aufzügen von G. E. Lessing.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Sonnenabend: Reine Vorstellung.
Sonntag: Mutter und Sohn.

Otto Fritzkows Abnormitäten-Ausstellung
Mützstraße 16.
Täglich Vorstellung
Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Nag u. der kluge Hans.
Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserfaal: Tanz.

Zirkus Schumann.
Abendlich kühnlicher Beifall.
Größter Erfolg der Saison.
Zum 41. Male:
Die große, mit märchenhaft schöner Pracht inszenierte Schumannsche Ausstattungspantomime in 7 Akten:
Eine Nordlandsreise.
Im Strahl der Mitternachts-Sonne. Hier noch nie gesehene, sich von Akt zu Akt steigende Effekte.
Vorher: Die vollst. neuen Spezialitäten. U. a.: Neu! Mons. Mesgutz, Bernhardsiner Hund als Kunsttänzer, der Helden-Tenor zu Pflorze.
Das übrige vorzügliche Programm.
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr:
Marocco.
Gr. Ausstattungspant. (Ein Kind frei.) Abends 7 1/2 Uhr:
Eine Nordlandsreise.
In beiden Vorstellungen: Lea. Sands Au Passage. Crema Hoffmanns. Clown Steffi etc.
Voranzeige! Die alljährlich findet zum Besten der Krieger-Sanitäts-Kolonnen vom Roten Kreuz, Berlin, und des Preussischen Landes-Vereins vom Roten Kreuz eine große außerordentliche Gala-Vorstellung am Mittwoch, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn
Erich Hartmann
im Alter von 11 1/2 Jahren nach kurzem, schwerem Krankenlager verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Die tiefbetrübten Eltern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Hochfest 5, Sonntag 11 Uhr.
Kurzes Gasspiel der berühmten Gesangskünstlerin
Lucia Krall.
Ferner die akrob. Tänzerinnen **Smeralda und Senitza,** Abertreffen alles, was bisher gesehen wurde.
Jacques Bronn, Humorist, **Bernardi** prolongiert. 14 neue glänzende Nummern.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Der bisher unübertroffene sachkundigste Herrnfeld-Schlager mit seinen humoristisch bejudeiten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwanke in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Magnaß Prinz Levy:
Donat Herrnfeld. Präsidial, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld. Anf. 8 Uhr. Bilette vorverk. 11-2 Uhr.

WINTERGARTEN.
Anfang 8 Uhr.
SAHARET
und die ausgezeichneten Kräfte d. neuen Februar-Programms.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Die Neuvermählten
Hierauf: Abschiedssouper.
Sonnenabend zum erstenmal: Angela.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Sonntag nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise: Familienidyl. Liebesträume. Sorensissimus.
Sonntag abends 8 Uhr: Angela.
Vorher: Abschied vom Regiment.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Graf von Charolais.
Sonnenabend und Sonntag: Ein Sommernachtsraum.

National-Theater
Weinbergsteig 19.
Freitag, den 3. Februar 1905:
Die Jüdin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnenabend: Alessandro Stradella.
Sonntag nachm.: Der Waffenschmied.
Sonntag abends: Figaros Hochzeit.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Kasino-Theater
Rolfingerstraße 37 (Köpenicker Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2-8 Konzort.
Heirat auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Apollo-Theater.
Täglich: Die neuen Februar-Spezialitäten und
Berliner Luft von Paul Lincke.
10 1/2 Uhr:
Radrennen auf der Bühne.
Robl-Arend.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ermäß. Preise. **Wettrenn auf Erden** und Radrennen Robl-Arend.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herculespfeilen.
Sonnenabend, d. 4. Februar, 8 Uhr, zum erstenmal: **Hotel Vandyobor.** Schwanke in 3 Akten v. Anthony Paris u. Leon Karof. Deutsch v. R. Schönaur.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Der Sittendrücker.**

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Wochenabends 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Billets zu den nummer. Plätzen sind gratis, jedoch vorher zu haben.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Wochenabends 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Billets zu den nummer. Plätzen sind gratis, jedoch vorher zu haben.

Skala-Theater.
Einkaufstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze, oder: **Verzweifeln.**
Vollst. mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf sowie 30 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Sanssouci.
Kottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.
Sonnt., Mont. Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.
Diensttag und Mittwoch:
Theater-Abend.
Sonnenabend, den 11. März, ist der Saal frei für Festlichkeiten.
Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer
Kasselerstr. 1.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Oper-Palast.
Bis-a-bis d. Bühne, 2. u. 3. Hof. Bühne.
Heute große Elite-Vorstellung.
Philippine Welser.
Sgt. Schauspiel in 5 Akten von Redwitz.
Anf. 8 Uhr, Größt. 7 Uhr. M. Preise.
Morgen: Das glänz. Febr.-Programm.
9 1/2 Uhr: Wie man Weiber fesselt.
Mittelpause von Reisingen.
Die Vorstellungen finden trotz der
Ausstellung allabendlich ununter-
brochen statt!
Vorzeiger dieser Annonce zahlen
die halben Kassenpreise!



Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen
Hören
Staunen
und weiter empfehlen.

Hasenheide 108-114. Neue Welt. Arnold Scholz.
Heute sowie täglich: 1932*
Großes bayrisches Bockbierfest
nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen.
Georg Ehrngruber, Fechtwirt.
D'Oberlander (30 Mann in Nationalkostüm).
Nürnberger Bratwurst-Glök'le
30 bayrische Mad'In.
Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 4 | Sonntags 50

MATINEE
zum Besten der
streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier
Sonntag, den 5. Februar, mittags 12 Uhr,
in **Louis Kellers Festsälen, Koppen-Str. 29,**
arrangiert v. Gesangsverein „Norddeutsche Schiffe“ M.d.A.-S.-B.
und Orchester-Verein „Allegro“.
Mitwirkende: Frau Klara Uria (Sopran), Herr Otto Kowalski
(Bariton), Herr Paul Pestner (Bassist).
Programme am Eingang gratis. — Eintritt 30 Pf.
Billets zu haben: O. Franke, Zorndorferstr. 8; Seidersdorf,
Elbingerstr. 9; Zietz, Warschauerstr. 61; Lorenz, Koppen-
straße 28; Wasewitz, Friedrichsbergerstr. 19; Waschinsky,
Grüner Weg 6; Partel-Spedition, Lausitzer Platz 14/15; Tolka-
dorf, Görliitzerstr. 58; in den Zigarrengeschäften von Horsch,
Gewerkschaftshaus; Hoffmann, Pücklerstr. 30; Brodowsky,
Reichenbergerstr. 73 65/3*

Berliner Arbeiter- und Radfahrer-Verein
(Mitgl. des Verb.-Nadl. Bundes „Solidarität“).
Sonntag, den 4. Februar 1905:
Großer Wiener Masken-Ball
im Reubiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24 und Emdenerstr. 35.
Billett 50 Pf. 11/9
Anfang 8 Uhr. Ende ???

POTSDAM.
Mittwoch, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im „Victoria-Garten“:
Wohltätigkeits-Konzert
zum Besten der Bergleute im Ruhrrevier
ausgeführt von der 296/8
30 Mann starken Kapelle des Musikdirektors Köhler aus Remondorf.
Zu diesem guten Zweck ladet ein Das Gewerkschaftskartell.

Verband der Hafnarbeiter
und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
Mitgliedschaft Berlin II.
Sonntag, den 5. Februar, mittags 12 Uhr,
Oeffentliche Versammlung
im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstr. 72.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Bräuner über: Zweck und Nutzen der
Tarifverträge. 2. Wie stellen sich die Kollegen zu einer Lohn-
bewegung in diesem Jahre? 3. Verschiedenes.
NB. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden
Kollegen zu erscheinen. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen.
19/3 Der Einberufer.

Neue Berliner
Genossenschafts-Bäckerei.
Eingetragene Genossenschaft mit
beschränkter Haftpflicht.
Reinickendorfer-Ost.
Willestr. 62.
Sonntag, den 18. Februar.
Willestr. 62:

Billig, schön und gesund!
Kleine Wohnungen: Cudenarder-
straße 36, 37, 38. — Näheres beim
Büro, Cudenarderstraße 37. [1791b*
Finanzierte Baustellen.
N. a. gef. b. H. Ang. s. verl. Off. sub
B.G. 6047, Daube & Co. m. b. H. Berlin W. 8.

Ordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und
Aufsichtsrates. 2. Bericht über die
statutarische gerichtliche Revision.
3. Berlegung und Genehmigung der
Bilanz. 4. Neuwahl des Vorstandes
und Aufsichtsrates. 5. Statuten-
änderung und Anträge. 6. Ver-
schiedenenes.
Die Bilanz liegt den Genossen zur
Einsichtnahme im Kontor aus.
Anträge müssen bis zum 11. Februar
eingereicht sein. 105/7
Der Vorstand.
Robert Engel. Karl Metzold.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.
Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 183/6
1. Abrechnung vom 1. Quartal und Jahresabrechnung pro 1904. — 2. Wahl des Vorstandes und
der Revisoren. — 3. Verschiedenes.
Ihm zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. L. G. Neumann.

Stralau u. Umgegend.
Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, in der „Mitten-
Tavern“, Alt-Stralau 26:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung: 222/4
1. Preussische Kulturbilder. Referent Albrocht Fülls. 2. Diskussion.
3. Bericht der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Einberufer.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend.
Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke,
Sebastianstraße 39:
General-Versammlung.
Mitglieder werden aufgenommen. — Mitgliedskarte legitimiert.
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei August
Schröder, Sebastianstr. 50. Dortselbst erhält jeder Anschläger
kostenlos Arbeit nachgewiesen. 36/2
Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.
E. H. 89.
Sonntag, den 4. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Joh. Sassenbach über:
„Das Freimaurertum“; Diskussion und Vereinsangelegenheiten. 198/4
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Brande der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal V):
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung: 79/8
1. Der Streik bei der Firma Rössner. 2. Bericht der Branchen-
kommission. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Jeder Verbandskollege hat dafür zu sorgen, daß sein Betrieb in dieser Ver-
sammlung vertreten ist. — NB. Die Kollegen, welche noch Billets vom
Weihnachtsvergütungen abzurechnen haben, werden ersucht, dies baldigt zu
erledigen. Die Branchenkommission.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbh. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 5. Februar 1905:
Bezirks-Versammlungen.
Stadtkreis Berlin:
Im großen Saale des Grand-Hotel, Alexanderstr. 47—48, Alexanderplatz.
Vormittags 10 Uhr.

- Bezirk Neu-Weichensee bei Burg. Königs-Chaussee 55, vorm. 10 Uhr.
- Dalldorf-Waldmannsdorf bei Köll, Reindendorferstr. 2, vor-
mittags 10 Uhr.
- Charlottenburg im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, vorm. 10 Uhr.
- Friedrichsberg bei Köll, Frankfurter Chaussee 120, vorm. 10 Uhr.
- Friedrichsfelde bei Habeland, Wilhelmstr. 38, vorm. 10 Uhr.
- Pankow bei Köll, Kreuzstr. 3-4, vorm. 10 Uhr.
- Reinickendorf-West bei Engel, Glashornstr. 73, vorm. 10 Uhr.
- Rixdorf bei Kramer, Hermannstr. 199, vorm. 10 Uhr.
- Schöneberg in Weimanns Klubhaus, Hauptstr. 5-6, vorm. 10 Uhr.
- Priedenau bei Grube, Kaiser-Allee 85, vorm. 10 Uhr.
- Wilmerdorf bei Salomo, Berlinerstr. 40, vorm. 10 Uhr.
- Ziegeln bei Scheibele, Altonstr. 15, vorm. 10 Uhr.
- Schwargendorf bei Leonhardt, Barnensunderstr. 6, vorm. 10 Uhr.
- Groß-Zickerfelde bei Richter, Chaussee 106, vorm. 10 Uhr.
- Wariendorf bei Reichardt, Chaussee 16, vorm. 10 Uhr.
- Röpenitz bei Stippel, Schönerlinderstr. 5, vorm. 10 Uhr.
- Zehlendorf bei Giese, Zeltenerstr. 23, vorm. 10 Uhr.
- Nieder-Schöneweide bei Franz, Grünauerstr. 5, vorm. 10 Uhr.
- Ablershof bei R. Sobtle, Wekerstr. 1, vorm. 10 Uhr.
- Alt-Glienitz bei Sah, Grünauerstr. 19, vorm. 10 Uhr.
- Zeltow bei Dersch, Zehlendorferstr. 5, vorm. 10 Uhr.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
1. Stellungnahme zum Verbandstage. 2. Wahl der Delegierten
zum Verbandstage. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen
erforderlich. — Die Versammlungen der Berliner Bezirke sowie die der
Sektionen sollen aus. — Die Mitglieder der Sektionen werden ersucht, die
Versammlungen in ihren Wohnorten zu besuchen.
32/6 Die Ortsverwaltung. J. L. K. Hoidemann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-3. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c:
Versammlung
aller in der Metall- und Eisen-Industrie beschäftigten
Hobler, Bohrer, Stoßer u. Fräser.
Tages-Ordnung: 111/11
1. Vortrag über: „Die Entstehung und Abstammung des
Menschen.“ Referent: Genosse M. H. Baego. 2. Diskussion. 3. Be-
richt und Neuwahl der Agitations-Kommission. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15 (Saal 1):
Versammlung der Bauanschläger.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Dr. Rosenberg über: „Das
Aufrechnungsverbot.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.
P. S. Diejenigen Kollegen, die noch nicht im Besitze des neuen Lohn-
tarifes sind, können in dieser Versammlung denselben erhalten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Branchen-
Versammlungen am Sonnabend, den 4., Mittwoch, den 8.,
und Donnerstag, den 9. Februar stattfinden.
Es ist dringend notwendig, daß die Kollegen und Kolleginnen diese
Versammlungen besuchen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Sattler aller Branchen Charlottenburgs
und Umgegend.
Dienstag, den 7. Februar 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus,
Charlottenburg, Rosinenstr. 3:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sattlergewerbe und
wie besser wir dieselben.“ Referent Kollege Fritz Müntner.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Wir ersuchen alle in Berlin arbeitenden und in Charlottenburg
und den angrenzenden Vorstädten wohnenden Kollegen und Kolleginnen
sich rege an der Agitation für diese Versammlung zu beteiligen, damit
ein guter Besuch erzielt wird.
Die Leitung der Sektion Charlottenburg.

Achtung! Achtung!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag,
den 7. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Ufer 15, Saal 7, eine Versammlung der
bei Innungsmeistern beschäftigten Kollegen stattfindet.
Tages-Ordnung:
Neuwahl a) der Mitglieder zum Gesellenrat, b) Innungs-
Schiedsgericht, c) Herbergskontrolle.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Er-
scheinen sämtlicher Kollegen!

Achtung! Vertrauensmänner! Achtung!
Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal 7:
Vertrauensmänner-Versammlung
aller Branchen.
Da in dieser Versammlung für die Organisation außerordentlich
wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist es Ehrenpflicht eines jeden
Vertrauensmannes, anwesend zu sein.
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 18. Februar cr., in den Gesamträumen
des Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Großes Kostüm-fest
„Ein Sommertag im Grunewald.“
Eröffnung 8 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf.
Die festteilnehmer werden ersucht, in einem dem fest
entsprechenden Kostüm zu erscheinen. Da wir hoffen,
verschiedenen Wünschen der Mitglieder hiermit nach-
zukommen, ersucht um rege Beteiligung
Das Vergnügungs-Komitee.

**Verband der Wäsche- und Krawatten-
arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands**
(Filiale Berlin).
Am Montag, den 6. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, im Schützen-
haus, Linienstr. 5:

Oeffentliche Versammlung
sämtlicher Altplätterinnen und Wäscherinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau Emma Ihler-Pankow: „Der Nutzen
der amtlichen Erhebung für die Altplätterinnen.“ 2. Diskussion.
3. Verschiedenes. — Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle.
251/6 Die Ortsverwaltung.

Unser Kostümfest: „Ein Frühlingsfest am Mirbachstrande“
findet am Sonntag, den 4. Februar cr., Anfang abends 8 1/2,
in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshagen statt. Zur Auf-
sicherung gelangt unter anderem: „Frühlingsverwachen“, ausgeführt von
16 Kindern. Im festlich dekorierten Saal: Riesen-Kutschbahn, Karussell,
Schießstand, Bado-Anstalten, Würfelbuden, sowie Belustigungen aller Art.
Der Eintritt beträgt 1/2 Mark. Einlassarten sind in allen mit Plakaten
belegten Geschäften zu haben.

Die nächste Urania-Vorstellung
findet am Sonntag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, in der
Taubenstr. 48/49, statt. Billets kosten 60 Pf. Das Komitee.

Rabatt-Spar- und Konsum-Verein „Süd-Ost“
Kottbusser Ufer 44a.
Delegierten-Wahlen
Montag, den 6. Februar 1905, abends 8-9 Uhr.
In Berlin:
1. Wahlbezirk im Lokal von Toltzsdorf, Gellertstr. 58.
2. Wahlbezirk im Lokal Süd-Ost, Baldemarsstr. 75, Vorderzimmer.
3. Wahlbezirk im Lokal von Schuler, Wilmersstr. 21.
4. u. 5. Wahlbezirk im Lokal von Gausberg, Reichenbergerstr. 147.
6. Wahlbezirk im Lokal von Gwald, Schönleinstr. 6. 105/9
In Rixdorf:
7. Wahlbezirk im Lokal von Hoppe, Berlinerstr. 14.
8. Wahlbezirk im Lokal von Wischniowski, Zietenstr. 34.
9. Wahlbezirk im Lokal von Kutschera, Sippstr. 13, Ecke Rixdorsstr.

In Johannisthal,
Ober-Schöneweide und Baumschulenweg:
10. Wahlbezirk: Johannisthal im Lokal von Gubin, Roßstr. 2.
Ober-Schöneweide im Lokal von Kaufhold, Wilschmiedestr. 18.
Baumschulenweg im Lokal von Pyer, Baumschulenstr. 78.
!! Wohlfahrts-Lose a 3,30 Mark empfiehlt !!
!! Geld- J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51. !!

Sozialpolitik im Charlottenburger Stadtparlament.

Die Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten vom letzten Mittwoch gestaltete sich zu einer der stürmischsten, die wir je erlebt haben.

Generalabrechnung mit dem Magistrat und der liberalen Bourgeoisie ab und legten in überzeugender und schonungsloser Weise dar, daß die weit verbreitete Anschauung, als sei die Verwaltung von Charlottenburg eine sozialpolitisch vorgeschrittene, nichts weiter ist wie ein Märchen, erfunden, um die Arbeitermassen in Schlaf zu wiegen.

Vor genau zwei Jahren, am 11. Februar 1903, hatte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: a) für sämtliche städtische Betriebe sind Arbeiterausschüsse einzuführen. — b) Die tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf nicht länger als neun Stunden dauern. — c) Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit ist nur insoweit zulässig, als sie zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zur Abwendung von Gefahren getan werden muß und ist dann um 25 Proz. höher zu lohnen. — d) Der tägliche Mindestlohn der voll beschäftigten Arbeiter ist auf 4 M. festzusetzen. — e) Den zu militärischen Übungen eingezogenen städtischen Arbeitern ist der volle Lohn, abzüglich der Unterstützung aus Reichsmitteln zu zahlen.“

Die Versammlung übertrug den Antrag dem Magistrat zur Erwägung. Dieser lehnte die Forderungen im großen und ganzen ab. Die Mitteilung über die Magistratsbeschlüsse zu den sozialdemokratischen Anträgen ging an einen besonderen Ausschuss, der sich für die Annahme der Punkte b und c aussprach. Das ging aber der Mehrheit der Versammlung sehr gegen den Strich, sie verwarf die Angelegenheit an den Ausschuss zurück und verstärkte ihn gleichzeitig um einige Mitglieder. Der

neue Ausschuss

hat denn auch nach Wunsch gearbeitet, er erklärte sich mit 7 gegen 4 Stimmen für Verbeibehaltung des zehnstündigen Arbeitstages (Punkt a), ferner beschloß er mit 8 gegen 5 Stimmen, für Einführung von Arbeiterausschüssen für sämtliche Betriebe, soweit die Zahl der jährlich beschäftigten Arbeiter 50 übersteigt, mit Ausnahme der Feuerwehre, einzusetzen (Punkt b). Der Punkt c, der sich auf die Ueberstundenarbeit bezieht, wurde in der unten mitgeteilten Fassung einstimmig angenommen, während der Punkt d, der den täglichen Mindestlohn betrifft, von den Antragstellern zurückgezogen wurde. Zahlung des vollen Lohnes bei militärischen Übungen — Punkt e — wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Hiernach empfahl der Ausschuss dem Plenum der Stadtverordneten-Versammlung folgende Beschlusfassung:

Die Versammlung nimmt von der Mitteilung der Magistratsbeschlüsse Kenntnis und beschließt: I. Für sämtliche städtische Betriebe, soweit die Zahl der jährlich beschäftigten Arbeiter 50 übersteigt, mit Ausnahme der Feuerwehre, sind Arbeiterausschüsse einzusetzen. II. Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit ist, abgesehen von den Fällen, wo die Eigenart des Betriebes es notwendig macht und die Arbeiter unter ausdrücklichem Hinweis hierauf angestellt sind, nur insoweit zulässig, als sie zur Abwendung von Gefahren getan werden muß und ist dann mit 25 Prozent höher zu lohnen.

Nachdem der Referent Stadtd. Dr. Spiegel die Anträge des Ausschusses begründet hatte, ergriß

Genosse Hirsch

das Wort. Seine Freunde könnten sich mit den Beschlüssen des Ausschusses nicht begnügen, sie mühten auf dem Reunionsabend und auf der Forderung der Errichtung von Arbeiterausschüssen für alle Betriebe beharren. Auch auf die weiteren Forderungen würden sie zu gegebener Zeit wieder zurückkommen. Die Art, wie die sozialdemokratischen Anträge behandelt seien, lieferten den Beweis dafür, daß man nicht für die städtischen Arbeiter tun wollte; der Ausschuss habe die Macht, die ihm das Dreiklassen-Wahlssystem gewähre, mißbraucht, er habe die Forderungen der Arbeiter einfach niedergestimmt. Es seien Mitglieder in den Ausschuss geschickt, die als Arbeiterfeinde bekannt seien. Der Ruf Charlottenburgs als einer sozialpolitisch vorgehenden Gemeinde sei ganz unberührt, Charlottenburg sei sozialpolitisch ebenso rückständig wie andere Gemeinden, in denen das Interesse des Kapitalismus ausschlaggebend sei. (Lebhaftes Wohlkufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten würden ihre Anträge, wenn sie heute abgelehnt würden, von neuem einbringen. Es werde einmal die Zeit kommen, wo die Mehrheit der Versammlung einsehen wird, daß ein Stadt wie Charlottenburg anderen weniger feuerkräftigen Gemeinden und privaten Unternehmern mit gutem Beispiel voranzugehen habe. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bürgermeister Matting

protestiert gegen die Behauptung des Redner's, daß der Magistrat sozialpolitisch rückständig sei, er sei von Wohlwollen für die Arbeiter befreit. Die Frage des Reunionsabends könne nicht von heute auf morgen gelöst werden; würde man dieser Forderung nachgeben, so würden die Sozialdemokraten nach zwei Jahren den Achtstundentag fordern.

Stadtd. Dr. Crüger (lib.): Für die abgetanen Redewendungen des Stadtd. Hirsch würden die städtischen Arbeiter nur ein Lächeln übrig haben; die Unzufriedenheit unter den Arbeitern werde künstlich geschürt. Es habe nicht erst der Antrag der Sozialdemokraten bedurft, um in Charlottenburg treffliche sozialpolitische Einrichtungen zu schaffen, sondern man habe auf diesem Gebiet nur eine Tradition befolgt.

Stadtd. Hirsch erwidert, daß Ansehen der städtischen Behörden werde am meisten beeinträchtigt durch die liberale Fraktion, die, seitdem sie zu einem ausschlaggebenden Faktor geworden sei, sich zu getreuen Schildknappen

des Magistrats begnadigt habe. (Unruhe.) Die Liberalen hätten ihre liberalen Grundsätze über Bord geworfen, soziales Empfinden hätten sie überhaupt niemals besessen. (Erneute Unruhe.) Solche Reden, wie sie Herr Crüger gehalten habe, pflege man im Landtage und Reichstagen kaum noch auf der rechten Seite zu hören. Redner hielt sodann in fast einstudiver Rede den Liberalen ihr

Sündenregister

vor, er wies nach, wie sie stets und ständig, sowohl auf dem Gebiet des Schulwesens als auf dem der Gesundheitspflege, die Interessen der Kinderbevölkerung verletzten und nur die der Besitzenden vertreten hätten; er lieferte den offenkundigen Beweis dafür, daß alles, was bisher für die Arbeiter geschehen sei, auf die Initiative der Sozialdemokraten zurückzuführen sei und übte unter lebhaftem Beifall seiner Freunde und steigender Unruhe der Liberalen scharfe Kritik an dem Verhalten der Charlottenburger Bourgeoisie.

Die Rede unseres Genossen lockte auch den Oberbürgermeister Schuchert aus seiner Reserve heraus. Das Oberhaupt der Stadt wies aber nichts weiter zu sagen, als daß Genosse Hirsch „alle Kamellen“ vorgebracht und eine etwas frühzeitige politische Wahlrede gehalten habe.

Die liberalen Freunde des Oberbürgermeisters wußten sich vor Entzügen über diese Rede nicht zu lassen. Genosse Hirsch nahm den von Herrn Schuchert hingeworfenen Fehdehandschuh namens seiner Freunde auf. Er drückte seine Freude darüber aus, daß der Oberbürgermeister sich in einem betrogenen

Gegensatz zur Mehrzahl

der Charlottenburger Einwohner gestellt habe, da bei der letzten Reichstagswahl mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf den Sozialdemokraten entfiel, sind

Nach weiterer stürmischer Debatte, in die auch Genosse Dr. Spitzler eingriff, um die Notwendigkeit einer Verkürzung der

Arbeitszeit vom hygienischen Standpunkt aus zu betonen, wurden die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller und des Stadtd. Dr. Penzig abgelehnt.

Die Arbeiter werden nunmehr wissen, wie es um die angebliche sozialpolitische Einsicht der Charlottenburger Kommunalverwaltung bestellt ist.

Lokales.

Küchle zum Glauben.

Haben wir jemals in unserem politischen Erdendasein zwischen zwei Extremen geschwankt und geglaubt, daß sich zwischen Himmel und Hölle auch ein leidlich angenehmer Mittelweg finden ließe, so schwören wir jetzt bei allem was uns lieblich dünkt, daß das Schwanken ein Ende haben soll, daß Farbe bekannt, reiner Wein eingeschänkt werden muß. Wie glücklich sind doch die Leute mit Scheuklappen vor den Augen, die nicht rechts, nicht links sehen, auf die schwierigsten Fragen ihr Sprüchlein zur Hand haben und nimmer vom Pfad der geachteten Tugend abweichen!

Vorige Woche waren wir weit draußen in Charlottenburg, wo die Welt mit Brettern zugemastet ist und die Wölfe einander „Gute Nacht“ sagen. In der Ausstellung für Arbeiterwohlfahts-einrichtung bewies eine Dame haarscharf und unüberleglich, daß der Alkohol vor der Wissenschaft nicht bestehen kann, und die Welt schaudervoller Verbrechen, von denen leider auch der lokale Teil des „Vorwärts“ sein gefährliches Dasein fristen muß, ohne den „Dämon“ eine Schäferhölle mit Pföten und Schäfermeien wäre.

Komme keiner mit dem Einwand, daß das Uebermaß des Alkoholgenusses, so etwa das fünfzehnte oder sechzehnte Seidel, erst auf schwankem Pfad in die Hölle hinführe. Das ist eben das Niederträchtige an diesem grausigen Gift, daß das Delirium tremens kriminalpathologisch leicht und harmlos ist, der erste geringfügige Tropfen hingegen das Juchthaus erschleht. Denn die Wissenschaft der Statistik hat dargetan, daß Mord und Todschlag gar selten von erkrankten Alkoholikern begangen werden, daß der Genesungsstadium vielmehr zu apathisch ist, um sich solch aufregender Beschäftigung hinzugeben, daß jedoch eine grauenhafte Prädisposition zu Greuelthaten verschiedensten Kalibers unter den scheinbar harmlosen Geistes angetroffen wird, die sonst niederen ihrer Alltagspflicht nachgehen und sich nur bei Geburtstagsfeier einmal übernehmen. Wir haben Respekt vor der Wissenschaft, und zogen ihr zu Ehren sowie im Hinblick aufs Juchthaus unsere Schlüsse aus dem, was wir gehört hatten. Wobei des klareren Verständnisses halber ausdrücklich bemerkt sei, daß unser Ziel war, nicht einer der Erstausfragen zu werden, sondern in Furcht und Zittern dem ersten Tropfen zu mißtrauen. Wir hatten ja die Wissenschaft, die hehre, als treuen Mentor zur Seite.

Da will es nun das Unglück, daß der Weg uns in den Feenpalast führt, in die deutsche Spirituosen-Ausstellung, die dort Mittwoch vormittag eröffnet worden ist. Wir konnten uns um so ficherer in die Höhe des Röhren hineingetragen, als wir der Göttin Wissenschaft einen heiligen Schwur geleistet hatten, dort keinen Tropfen Gift zu kosten und diesen Schwur, wie Jovisfarn gegenüber ausdrücklich bemerkt sei, auch schärfer aber entschlossenen Herzens gehalten haben. Daß der Dämon Alkohol die Menschheit mit gleichnerischen Lodungen in gebundener Rede umgarnen würde, darauf waren wir gefaßt und unsere Ahnung hat uns nicht getäuscht. Es wimmelt von Poesie unter diesen Flaschenbatterien. Man vernähme: „Ihr tranke und waret tapfer und schluget die Römer auf's Haupt, und das hat, Ihr Herren Abstinente, der Alkohol erlaubt.“ Von unserer Regierung heißt es: „Zwei Freien wohnen, ach, in der Regierung Brust, Der Weinwein ist der einen nicht geuehr, Bekämpft den Trunk, sich ihrer hohen Pflicht bewußt, Die andere lecht nach Weinweinfeuer.“

Das ist Destillationsprodukt der Aussteller, sagten wir uns und fanden uns mit der Prophezeiung ab, daß diese Verse die Dauer der Ausstellung nicht überleben werden. Wir blieben auch standhaft, als Goethe, Bodenschatz und sonst noch etliche Dichter auftraten, indem wir aus der Erfahrung eigener Sünden und ins Bewußtsein riefen, wie windig es um alle Poesie bestellt ist.

Aber, wir gestehen es offen, eine Art Rerendoch befiel uns, als wir mitten unter den Alkoholen und Destillierapparaten dieselbe Dame Wissenschaft lustwandeln sahen, die uns einige Tage vorher bei den Abstinenzlern zu höherer Moral verholfen hatte. Sollen wir aufzählen, was Duzende Professoren an den Ausstellungsständen wie in einem für nur zehn Pfennig käuflichen Zeitsenden für den Alkohol anführten? Der Leiter des pharmakologischen Instituts in Greifswald, Prof. Dr. Schulz, sagt, daß gelegentlich auch einmal ein etwas reichlicher Alkoholgenuß ohne Schaden ertragen werde, das Reichsgesundheitsamt macht dem Dämon verlauslierte Konzeptionen, der Direktor des physiologischen Instituts in Erlangen, Prof. Rosenthal, hält den Alkohol für ein wichtiges Arzneimittel, Professor v. Leiden sagt von ihm, daß er in mäßigen Mengen die motorische Leistung des Ragens steigere, Professor Dr. Orth in Berlin erhebt Einspruch dagegen, wie von vielen Abstinenzlern die anatomischen Folgen des Alkoholgenusses, als Säufemagen, Bierherg, dargestellt werden, ebenso Professor Schottelius in Freiburg. Professor Kar. Frankel in Halle schließt aus dem Gutachten von 80 Professoren, daß die ärztliche Wissenschaft durch den Mund ihrer bejahrten Führer sich sicher nicht im Sinne der unbedingten Enthaltensamkeit ausgesprochen habe. Und so geht es weiter; vierzig enggedruckte Seiten hindurch reiht sich ein Wein-, Bier- und Likörfeudisches Gutachten an das andere.

Lange Stunden hat es gewährt, bis wir einigermaßen zur Besinnung kamen und der erschütternden Wahrheit innewurden, daß auch die Wissenschaft ein zwiespältiges Wesen ist und nur der Glaube das Heil bringt. Einzig er leitet sicher den Pfad streitler Unentwegtheit. Es bedarf natürlich eingehender Prüfung, ob gebranntes oder ungebrautes Wasser unser Ideal werden soll. In einem Jahr hoffen wir aber sicher zu sein, welches der rechte Glaube ist.

Die stürmische Bitterung der letzten Tage hat namentlich in der Nacht zu gestern in Berlin und in der Umgebung mannigfachen Schaden verursacht. An verschiedenen Stellen der Stadt mußte gestern morgen die Passage auf den Bürgersteigen gesperrt werden, weil der Sturm in der Nacht auf den Wänden gerissen und vielfach Dachsteine und Schiefersteine gelockert hatte. Von den Anschlagläusen wurden die kaum angelegten Plakate wieder losgerissen. Auf der Königshaussee ist am Morgen gegen 7 Uhr der Garbiergehülfe Fronte von einem herabfallenden Firmenschild getroffen und am Kopfe nicht unerheblich verletzt worden. In der Berlinerstraße in Weihensee beschädigte der Wind die neuangelegte Dachkonstruktion eines Neubaus und riß einen Teil der Bedachung mit herunter. Auch am Friedrichsfelde wird bedeutender Windschaden gemeldet. In der Pringeln-Allee wurde das Pappdach eines Wagenschuppens aufgerollt. Vielfach wurden Räume umgelegt und besonders in den Gärten Verheerungen angerichtet. Aus Regel wird und gemeldet, daß durch den Winddruck das Eis des Tegeler Sees, obwohl es noch eine Stärke bis zu 5 Zoll besitzt, gebrochen wurde. Ebenso ist das Eis des Müggelsees stellenweise gespalten.

Das Gewitter am Dienstag hat in der Umgegend Schaden angerichtet. Es fielen stellenweise, so in der Gegend von Zehdenick, Alt-Ruppin sowie auch in Teilen des westholländischen Gaues Hagelgeschloffen von mächtiger Größe. In Templin traf der Wly eine mit Getreide und Futtervorräten gefüllte Fährverloscheune des Gemeindevorsteher's Stahlberg, die eingesaßert wurde.

Infolge des herrschenden Sturmes sind viele Telegraphenleitungen im Inlande und nach dem Auslande gestört. Insbesondere stark beeinträchtigt sind die Verbindungen nach Frankreich, Belgien, Schweiz, Italien, Schweden, Norwegen und zum Teil nach England

sowie nach dem Westen Deutschlands. Die Telegramme erleiden allgemein Verzögerungen.

Wie offiziell dementiert wird. Da Zentrum Trumpf ist, hat es oben angehängt, daß eine Anzahl Studentenverbindungen gegen die katholischen Korporationen Stellung genommen haben. Die Direktoren der technischen Hochschulen von Berlin und Hannover erhielten Befehl, den Studenten das Vorgehen gegen die Katholiken zu verbieten. Bei dieser Gelegenheit soll der Rektor in Hannover das nur als zu wahrer Wort haben fallen lassen, daß so etwas wie akademische Freiheit überhaupt nicht existiere. Gegen diese Beschränkungen nahm gestern eine Akademie-Versammlung in der Tonhalle Stellung. Besonders fiel in der Versammlung auf, daß die Polizei in einer Anzahl aufgeboden war, wie es sonst nur bei ruhig verlaufenden Arbeiterversammlungen größeren Umfangs üblich ist. Nun hatte am Mittwochabend die „Nordd. Allg. Ztg.“ in absprechendem Ton erklärt, daß der Rektor in Hannover die Entfernung von der Nichtexistenz der akademischen Freiheit überhaupt nicht getan habe. Der cand. techn. Gehne aus Hannover erklärte aber in der Versammlung, daß die Aeußerung, so wie er sie ursprünglich wiedergegeben, in seinem Befinden gefallen sei. Nimmerten die Studenten sich um Politik und nähmen Kenntnis davon, wie Mitteilungen sozialdemokratischer Blätter zuweilen offiziell dementiert werden, so wäre den Herren die Tat der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht weiter ausgefallen.

Die unglücklichen Gendarmen. Die „Potsd. Korresp.“ bringt folgende lustige Nachricht: Die nach dem Ruhrrevier abkommandierten Gendarmen fühlen sich dort, nach hierher gelangten Mitteilungen, durchaus nicht wohl und sehnen fast samt und sonders den Augenblick herbei, wo sie wieder in ihre Heimatorte zurückkehren können. Etwa 600 Gendarmen, zu denen noch circa 200 Schulmänner kommen, sind anlässlich des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier zusammengelassen. Sie müssen von morgens früh bis in die Nacht hinein dienstlich auf dem Posten sein und werden durch Vorgesetzte besonders scharf kontrolliert, wobei auch namentlich darauf geachtet wird, daß sie nicht ohne zwingenden Grund ein Restaurant betreten. Dabei reichen aber die Diäten, welche die Gendarmen erhalten, nicht aus, um bei den teuren Lebensmittelpreisen sich leidlich mit Essen und Trinken zu versorgen. Das Vertragen der Bergarbeiter wird von den Gendarmen als „unheimlich ruhig“ bezeichnet. Weil die Streikenden vielfach bei Begegnungen geheimnisvoll die Köpfe zusammenstecken, vermutet man aber, daß bald noch andere Zwischenfälle eintreten werden (1). Einen verblüffenden Eindruck hat es bei der Gendarmerie im Ruhrrevier hervorgerufen, daß der Sohn des Großindustriellen Thijssen, August Thijssen in Berlin, offenkundig gegen seinen Vater zugunsten der Arbeiter Stellung genommen hat. Die Sicherheitsbeamten schütteln darüber den Kopf, daß sie berufen sind, die Grubenbesitzer, zu denen Thijssen senior gehört, zu schützen, während der junge Thijssen offen für die Bergarbeiter eintritt.

Gebt der Himmel, daß die ins Grubenrevier entsandten Gendarmen kindlich reinen Herzens bleiben! Ein Gebanke, gar nicht schrecklich genug auszumalen, wäre es, wenn der Geist der Unzufriedenheit nun auch noch in diese Stützen der Ordnung fahre und sie zu der Erkenntnis brächte, daß nicht die unheimlich ruhigen Bergarbeiter, sondern die provozierenden Hohnbarone scharfe Polizeiaufsicht verdienen.

Ein schwarzer Tag wird der 27. Januar hinfort für die Berliner Geschäftswelt werden, wenn eine Nachricht des „Konfessionär“ sich bestätigen sollte. Die großen Feuerversicherungs-Gesellschaften hätten nämlich ihr Risiko durch die Illumination am Geburtstage des Kaisers in so hohem Maße für vergrößert, daß sie die großen Waren- und Kaufhäuser für diesen Tag außerhald der Versicherung stellen wollen. Es sollen auch tatsächlich infolge der für die Illumination nötigen provisorischen Montagen und der verstärkten Stromspannungen an Kaisers Geburtstag schon häufiger Kurzschlüsse vorgekommen sein. Da die Geschäftshäuser das Risiko selbst nicht tragen wollen, so werden sie für die Folge auf die Illuminierung ihrer Häuser am 27. Januar verzichten müssen. Es besteht aber angeblich die Absicht, die bisher für diesen Zweck aufgewendeten nicht unbedeutlichen Kosten — sie schwanken für die einzelnen Firmen zwischen 3000 Mark bis 15 000 Mark — der Kaiserin zur Verfügung zu stellen, damit sie diese Spenden an die Wohltätigkeits- und Wohlfahtsanstalten, deren Protektorin sie ist, zur Verteilung bringen möge.

Wahrer Patriotismus soll das äußerste wagen, um seine unbegrenzte Liebe zum Kaiserhause Ausdruck zu geben. Wie schön wäre es, wenn die Begeisterung einmal nicht allein die Herzen, sondern auch die Geschäftshäuser der Hoflieferanten zu wallender Blut entflammte.

Eine andere schaurige Mitteilung veröffentlicht noch der „Konfessionär“. Es handelt sich um den Plan, aus der Bellevuestraße eine neue Geschäftsstraße zu machen. Unter Aufhebung der jetzigen, nur zweistöckige Häuser erlaubenden Bauordnung sollen, so heißt es, an die Stelle der jetzigen landhausartigen Häuser moderne Riesenbauten treten, und die schönen Bäume in der Straße sollen natürlich behufs Verbreiterung fallen. Auf diese Weise wird vielleicht die Bellevuestraße mehr mit der Siegessäle harmonieren. Das Geschäftsblatt will sogar wissen, daß der Kaiser den Wunsch nach „Regelung“ der Straße ausgesprochen habe.

Der Verein Berliner Presse hat sich in seiner Versammlung am Mittwoch mit Maxim Gorkis Schicksal befaßt und in einer Resolution den „dringenden Wunsch“ ausgesprochen, daß dieser Dichter der Weltliteratur zu weiterem Schaffen erhalten bleibe. Stelleicht ist hierzu auch in einem stillen Winkel Sibiriens die Möglichkeit gegeben. Der Verein hätte sich nicht bemühen sollen. Lieber gar keine Resolution als so eine.

Eine unheimliche Statistik. Durch Mord oder Todschlag sind in Berlin in den letzten beiden Jahren ganz ungewöhnlich viel Menschen um Leben gekommen. Im Jahre 1904 haben 28 Personen, im Jahre 1903 hatten sogar 32 Personen auf diese Weise erendet. Von den vorhergehenden Jahren weist keines eine auch nur annähernd so hohe Zahl auf. In dem Jahrzehnt von 1902 zurück bis 1893 verloren in Berlin ihr Leben durch Mord oder Todschlag: 11, 13, 11, 18, 12, 19, 14, 15, 8 Personen. Der Durchschnitt aus diesen zehn Jahren stellt sich auf jährlich 14 Personen.

Zum Mord in Lichtenberg wird noch berichtet, daß auch die Durchsicht der Korrespondenz der Ermordeten keinen Anhalt für die Ermittlung des Täters geliefert hat.

Verstärkter Gottesdienst soll in den städtischen Fortbildungsanstalten eingeführt werden. Für diesen Zweck sind 6000 M. mehr als im vorigen Jahr eingestellt worden. Die Gesamtausgaben für die Fortbildung sollen sich auf rund 900 000 M., dem rund 332 000 M. Einnahmen gegenüberstellen.

Mit Hinterlassung einer Schuldenlast von etwa 40 000 Mark ist der Schlächtermeister Karl Stephan aus der Oranienburgerstr. 68 durchgebrannt. Er befindet sich mit seiner Frau bereits jenseits des großen Teiches und schrie von Amerika an einen Gläubiger eine Ansichtskarte, daß er eine stürmische Ueberfahrt gehabt habe, daß es ihm sonst aber gut gehe. Stephan richtete sich erst vor einigen Monaten eine Schlächterei ein und baute sein Geschäft von vornherein in betrügerischer Absicht auf Schwundel auf.

Strohspernung. Der östliche Fahrbaum des Luisen-Ufers längs des Oranienplatzes wird behufs Verlegung eines Gasrohrs vom 2. Februar ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Zwei Opfer einer Rauchvergiftung. Bei einem Brande, der vor acht Tagen im Hause Langenbeckstr. 8 in der Wohnung des

Stadlaternen-Fabrikanten Karl Grundke auskam, hatten sich, wie berichtet, dessen drei Kinder, ein zweijähriges Mädchen Erna und zwei Knaben, Arthur und Willi im Alter von 7/8 bzw. 3 Jahren, die unbeaufsichtigt in dem Schlafzimmer zurückgelassen waren, schwere Rauchvergiftungen zugezogen. Die Feuerwehre fand die Kleinen in dem verqualmten Raume bewußlos vor und hatte Mühe, sie durch Behandlung mit Sauerstoff wieder ins Leben zurückzurufen. In bedenklichem Zustande wurden alle drei nach dem Krankenhause am Friedrichshain geschafft. Hier sind gestern zwei an den Folgen der Rauchvergiftung gestorben und zwar Erna und Arthur. Das dritte Kind hoffen die Aerzte am Leben erhalten zu können.

Die geschädigten Mitglieder des Vereins „Volkswohl“ haben zu Montag, 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, nach Feuerheins Lokal, Alte Jakobstraße 75, eine Versammlung einberufen, in welcher die Lage des Vereins erörtert werden soll. In einem Flugblatt ersucht ein Herr Max Gundlach, Kulinstr. 32, geschädigte Mitglieder, ihre Adresse bei ihm einzureichen.

Eine Verewungstat. Weil sie von ihrem Geliebten in Stich gelassen ist, veruchte Donnerstag morgen die Näherin Emilie Gerde in der Kreuzbergstr. 35 ihren 1 1/2 Jahre alten Sohn Walter, ihre 1/2 Jahr alte Tochter Elise und sich selbst mit Lysol zu vergiften. Das Mädchen hatte seit vier Jahren mit einem Stutzer Paul Mohr, der auf einem Droschkenfuhrhof in der Kreuzbergstr. 31 beschäftigt war, ein Verhältnis, aus dem die beiden Kinder hervorgingen. Vor einem Jahre ließ ihr Geliebter sie sitzen und ging mit einer Zirkusgesellschaft davon. An diese schrieb vor einem Vierteljahr der Vormund der Kinder, der Grünframhändler Sonntag, erhielt aber die Antwort, daß Mohr schon seit einem Vierteljahr nicht mehr bei ihr sei. Die Verlassene, die mit ihrer 68 Jahre alten Mutter zusammen wohnt, war seitdem sehr niedergedrückt. Rot litt sie nicht, da sie selbst immer verdiente und für die Kinder den Monat 21 M. Unterstützung erhielt. Die Treulosigkeit des Geliebten brachte sie endlich zu dem Entschluß, sich mit den Kindern aus der Welt zu schaffen. Als die alte Frau gestern morgen um 9 Uhr von ihrer Aufwartestelle nach Hause kam und, nachdem sie sich in der Küche ein Weibchen ausgesucht hatte, in die Stube ging, fand sie Mutter und Kinder mit Lysol vergiftet regungslos daliegen. Alle drei lebten noch und wurden mit künstlichen Rettungswagen nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Bermüht wird seit dem 30. September v. J. der am 12. März 1882 in Ruda geborene Kaufmann Hugo Henning, Steinmetzstraße 1 wohnhaft gewesen. Henning ist von mittlerer Gestalt, 1,55 bis 1,56 Meter groß, hat dunkles Haar, falsche Zähne, rötlichen Schnurrbart, große Nase, trägt schwarzen, steifen Filzhut, dunkelblaues Jackett, Wäsche gezeichnet D. H., grünbraunen Davelock ohne Kermel. Nachricht nimmt jedes Polizeirevier sowie die Kriminalpolizei entgegen zu Tagebuch Nr. 8044 IV. 11. 04.

Ein unbekannter Selbstmörder. Am 20. Januar ist im Treppentor Park, in der Nähe der Urnenhalle, mit einer Schußwunde im Kopf aufgefunden und nach dem Krankenhause Bethanien geschafft worden und dort verstorben ein etwa 25 bis 30 Jahre alter Mann mit dunkelrötlichem Schnurr- und Spitzbart. Derselbe ist etwa 1,64 bis 1,67 Meter groß, hat volles Gesicht und war bekleidet mit dunklem Jodettanzug mit weißen Punkten, saffelbraunem Winterüberzieher, wollemem Hemd und Unterhosen, schwarzem, weichen Filzhut mit Naht, grauwollenen Strümpfen, Schürhals, braunledernen, gefütterten Handschuhen und braun- und weißgeprägelter Strawatte. Er trug weißes Taschentuch mit roter Kante und Monogramm L. M. bei sich. Nekropszenten wollen sich im Leichenhause, Hauptstraße 6, oder in den Vormittagsstunden im Polizei-Präsidium, Zimmer 329, 2 Treppen, melden.

Proletarisches Mütterglück. Eine Korrespondenz meldet: Einen traurigen Ausgang hat das Brandunglück genommen, von dem heute vor acht Tagen die Familie des Arbeiters Grundke aus der Langenbeckstraße 3 betroffen wurde. Frau Grundke ist gezwungen, durch Aufwartearbeiten mit zu verdienen, und mußte jeden Vormittag anderthalb Stunden lang ihre drei kleinen Kinder in der Wohnung allein lassen. Während ihrer Abwesenheit war einmal der älteste Sohn, der vierjährige Willi, auf das Fensterbrett geklettert und beinahe hinabgefallen. Ein anderes Mal hatte er mit seiner zwei Jahre alten Schwester Erna an der Wohnungseinstichung in der Wildheit des Spiels allerhand Schaden angerichtet. Die Frau wußte sich hiergegen nicht anders zu helfen, als daß sie die beiden ältesten Kinder mit einem dünnen Strid je an einen Teppichboden band, so daß sie sich nicht mehr so frei bewegen konnten. Der jüngste Sohn Arthur, der erst ein Vierteljahr alt war, blieb stets in seinem Bettchen liegen. Als Frau Grundke heute vor acht Tagen um 10 1/2 Uhr von der Aufwartestelle nach Hause kam, waren ein Stuhl, der mit Kindersachen nahe am Ofen gestanden hatte, der Fußboden und der Tisch stark angebraunt und die Wohnung verqualmt. Die Kinder lagen alle drei bewußlos da, Willi auf dem Fußboden, Erna auf dem großen Bett und Arthur in seinem Kinderbett. Hausgenossen, ein Arzt und ein Feuerwehmann mit dem Sauerstoffapparat eilten zu Hilfe und riefen die Kinder ins Leben zurück. Das Kleine wurde sofort, die beiden anderen später nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Dort sind Erna und Arthur an der Rauchvergiftung gestorben, nur Willi kam mit dem Leben davon, wahrscheinlich weil er in der verqualmten Stube unten am Boden gelegen hatte.

Und eine Gesellschaftsordnung, die tausende Mütter zwingt, derartig in steter Angst um ihre Kinder zu leben, wird als gottgewollte hingestellt.

Ein seltsames Unglück trat gestern gegen 1 Uhr in der Handelsstraße Welle-Alliance zu. Ein Kutscher der Spediteure Vorhardt u. Fröhlich sowie mehrere Arbeiter der Weinblumlung von Kempinsky u. Co. waren damit beschäftigt, große, leere Weinfässer auf den Wagen zu laden. Während der Kutscher auf dem Wagen stand und die Fässer ordnete, bog ein Pferd nach einer Seite; hierdurch wurde der Wagen in eine schräge Lage versetzt, wodurch drei der Fässer das Uebergewicht belamen und mit dem Kutscher in das Schaufenster der Seifenfabrik von W. Schröder fielen. Das Schaufenster wurde vollständig zertrümmert, auch die dahinter stehende Kontoreinrichtung wurde ruiniert. Am schlimmsten jedoch erging es dem Kutscher; dieser mußte erst unter den Fässern hervorgezogen werden, er hatte sich aber namentlich durch die Glasscherben so schwere Verletzungen zugezogen, daß er in einer Droschke nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte.

Apollo-Theater. Die Sorge, wo sie ihr müdes Haupt nach der Schließung der Friedenauer Rennbahn mehr oder minder unsanft hinlegen sollen, sind die Berufsradfahrer glücklich los. Das Variété hat sich ihrer erbarmt und einen Apparat konstruiert, der es unabhängig von der Jahreszeit ermöglicht, dem edelsten aller Sports Genüge zu leisten. Die Räder der Startenden stehen auf Walzen, welche durch Transmission mit einem Zeitwerk verbunden sind. Für jeden der drei Konkurrenten ist ein Zeiger in der Farbe des Fahrers vorhanden, der anzeigt, wie zuerst die 4000 Meter, welche abzufahren sind, hinter sich hat. Es werden drei Läufe gefahren, in denen am ersten Abend Hansen-Kopenhagen, Willi Brand und der Berliner Stallbrink Sieger waren. Wohl blieb im letzten Rennen trotz aller Anstrengung zurück. Gefahren wurden diese Rennen in 2,30, 2,27 und 3,31 Minuten. Aus dem übrigen Teil des reichhaltigen Spezialitätenprogramms erwähnen wir insbesondere die Akrobaten Wessens, zwei etwa zehnjährige Knaben, die Unglaubliches in halbrechenden Künsten leisten und den Namen des „Wunderakts“, der ihren Produktionen gegeben ist, vollaus rechtfertigen. Die Nichtigkeit der Jongleurs Salerno ist bekannt, und der Tanz der Regier-Parodisten Max Hinderhof läßt ebenfalls alles auf diesem Gebiete hinter sich. Weniger gefiel uns, daß eine andere Dame, Gertrud Hansch, mit ihrem an der Schreibmaschine tippenden kranken Mann in gar zu blödem Hurrahpatetismus machte. Vortreffliche Komiker sind in ihren „Wagabundenstreichen“ die Gebrüder Galber.

Berliner Tanzlehrer-Verband. Freitagabend 10 Uhr, Alte Jakobstraße 75, bei Feuerheins: Vortrag.

Verein ehemaliger Deutscher V. I. 1902. Sonnabendabend 9 Uhr, Hildesheimerstraße 30: Sitzung.

Coranto. Redakteur: Paul Wüster, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus den Nachbarorten.

Maricendorf und Umgegend. Sonnabend hält der Wahlverein im „Livoli“, Tempelhofer, Berlinerstr. 50, sein Stiftungsfest ab. Der Vertreter des Kreises hat es übernommen, die Feste zu halten, außerdem ist das Berliner III-Trio engagiert. Die nächste Vereinsversammlung findet Dienstag, den 14. d. M., statt. Max Schütte hält einen Vortrag über „Vulkane und Erdbeben“.

Charlottenburg.

Die Gründung einer Freien Volksbühne für Charlottenburg ist am Dienstag von einer Volksversammlung im Volkshause beschlossen worden. Unter lebhaftem Beifall hielt als Einleitung Genosse Dr. Lindheimer einen Vortrag über Sozialismus und Kunst. Im Anschluß hieran setzte sodann Genosse Curt Baake den dem neuen Unternehmen zugrunde liegenden Plan auseinander. Das Statut lehnt sich eng an das der Berliner Freien Volksbühne an, das Eintrittsgeld ist auf 40 Pf., der monatliche Beitrag auf 60 Pf. festgesetzt. Die Vorstellungen sollen bis auf weiteres auf der Bühne im großen Saale des Volkshauses stattfinden; später soll der Versuch gemacht werden, größere Theater zu mieten. Der Verein soll ins Leben treten, sobald sich 400 Mitglieder gemeldet haben. In den provisorischen Vorstand wurden die Genossen Dr. Franz Lindheimer, Dr. Richard Sühmann, Erwald, Otto Vogel und Dittmar gewählt. Es meldeten sich sofort 100 Mitglieder zum Beitritt.

Spandau.

Zu einem erfreulichen Beschluß hat die Stadtverordneten-Versammlung sich in ihrer Sitzung am Donnerstag ausgerafft. Sie nahm ohne Debatte einen von der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion gestellten Antrag an, wonach den Familien der ausständigen Vergarbeiter im Ruhrgebiet aus den Mitteln der Stadt die Summe von tausend Mark überwiehen werden soll. Hauptsächlich regt dieser Beschluß an anderen Orten zur Nachahmung an.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Nixdorf beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Donnerstagabend mit Straßenregulierungs-Vorlagen. Beschlossen wurde, die Straße 84 (Kaiser Friedrichstraße) von der Tempelstraße bis zur Berliner Ringbahn und den Maricendorfer Weg auszubauen. Der Aufnahme einer neuen Straße (6b) zwischen Kaiser Friedrich- und Belferstraße in den Bebauungsplan wird zugestimmt. Zur schnelleren und umfangreicheren Entfernung der Komposterde vom städtischen Müllabladeploy beantragt der Magistrat eine Erhöhung der bezüglichen Etats-Position um 2500 Mark. Die Versammlung schließt sich dem Antrage an. Dem Erlaß einer Ordnung betreffend die Erhebung von besonderen Gebühren für die Benutzung der Schwemmlanalkation wird beibehalten zugestimmt. Die in städtischen Bauamt herrschende Ueberlastung hat den Magistrat veranlaßt, die Errichtung einer zweiten Stadibaurat-Stelle, und zwar für den Tiefbau vorzuschlagen. Die an diesen Antrag anschließende eingehende Debatte zeigte allgemeines Verständnis über die Notwendigkeit dieser Maßnahme und zeitigte die einstimmige Annahme des Magistratsvorschlages.

Gewerkchaftliches.

Ein anderer Wind?

In allen Fällen, wo es infolge der gewerkchaftlichen Klassenkämpfe zu Tarifverträgen zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen gekommen ist, sind auch paritätische Schlichtungskommissionen eingesetzt worden, denen die Aufgabe zufällt, alle aus dem Arbeitsverhältnis der Branche resultierenden Differenzen zu schlichten, neue Verträge vorzubereiten und durch gemeinsame Verhandlungen Arbeitsniederlegungen nach Möglichkeit vorzubeugen. Eine derjenigen Unternehmerorganisationen, die sich bisher unter dem Aufgebot ihrer ganzen Macht und mit allem Nachdruck gegen jedes Tarifverhältnis und damit auch gleichzeitig gegen jede paritätische Regelung der Arbeitsverhältnisse gestäubt hat, ist zweifellos der Verband der Berliner Metallindustriellen, in der Arbeiterchaft kurzweg der Kühnemänner-Verband genannt. Ist doch der gegenwärtige, bereits über 4 Monate andauernde Kampf in der Gelbmetall-Industrie weiter nichts, als ein erbittertes Ringen um einen Tarifvertrag. Die Arbeiter wollen sich hier ein geregelteres Tarifverhältnis unter paritätischer Kontrolle erkämpfen; die Metallwaren-Fabrikanten betrachten dieses Bestreben der Arbeiter aber als einen Einbruch in ihre Unternehmer-Selbsterherrlichkeit und suchen es mit allen Mitteln zu vereiteln. Angeficht dessen mag es fast überraschend klingen, was der Bevollmächtigte Wiesenthal vom Metallarbeiter-Verband jüngst in den beiden Versammlungen der Siemens und Halskeschen Arbeiter über private Unterredungen zwischen ihm und dem Kommerzienrat Kühnemann betreffend eine in Aussicht genommene ständige paritätische Schlichtungskommission für die Berliner Metallindustrie sagte.

Wiesenthal führte etwa folgendes aus: „Er habe kürzlich eine Einladung vom Kommerzienrat Kühnemann zu einer privaten Besprechung erhalten. Dort sei ihm die Mitteilung geworden, daß die Vertrauenskommission der Metallindustriellen einstimmig beschlossen habe, unter Anlehnung an die beim Schwarztopfischen Formerstreit getroffenen Vereinbarungen die Hand zu bieten zur Schaffung einer ständigen paritätischen Kommission für die Betriebe der Berliner Metallindustriellen. Die Zusammenfügung der Kommission sei so gedacht, daß ihr zur Hälfte Fabrikanten der Groß-Eisenindustrie und zur anderen Hälfte Arbeiter aus deren Betrieben angehören sollen. Aufgabe der Kommission solle es sein, auf eine Vermeidung resp. Einstellung von Arbeitsniederlegungen hinzuwirken, das heißt in gemeinsamer Besprechung nach Möglichkeit Differenzen auszugleichen, die zu Streiks führen können, resp. ausgebrochene Streiks beizulegen. Obiger Vorschlag habe bereits festere Form angenommen, wenn man sich über das Kommissionsstatut auch noch nicht völlig schlüssig geworden ist. Wiesenthal bemerkte dann weiter: Kommerzienrat Kühnemann sei auch der Ansicht gewesen, daß die wegen des Ueberstundenunwesens in den Siemens-Halbeschen und Siemens-Schudert-Werken drohenden Differenzen vielleicht am besten ausgeglichen würden, wenn Herr Billh. v. Siemens persönlich mit Wiesenthal verhandle. In diesem Sinne habe sich Herr Kühnemann auch brieflich an Herrn v. Siemens gewandt. Letzterer habe jedoch einwillig eine Verhandlung mit Wiesenthal abgelehnt, dagegen erklärt, mit Arbeitervertretern des Werkes eine Verständigung herbeiführen zu wollen, was ja auch geschehen ist.“

Aus diesen Darstellungen scheint hervorzugehen, daß jetzt auch die Berliner Metallindustriellen endlich von ihrem bisherigen extremen Herrenstandpunkt abzustehen beginnen. Vielleicht dürften sie durch die schweren gewerkchaftlichen Kämpfe der letzten Jahre doch zu der Einsicht gekommen sein,

daß es im eigenen Interesse der Industrie liegt, den Arbeitern wenigstens einige zeitgemäße Konzessionen zu machen. Bei alledem will es uns jedoch scheinen, als lassen sich die Metallindustriellen immer noch zu sehr von der Besorgnis leiten, sich durch offene Anerkennung der Arbeiterorganisation etwas zu vergeben. In der Praxis kommt es doch ganz auf eins heraus, ob die Vertreter einer Arbeiter- und Unternehmerorganisation „privatim“ oder offiziell über derartige Dinge wie hier verhandeln. Sehen die Metallindustriellen eben ein, daß sie mit dem Metallarbeiter-Verband ein für allemal rechnen müssen, so hindert sie niemand daran, noch einen Schritt weiter zu gehen und die Organisation nicht nur indirekt, sondern direkt anzuerkennen. Auch den Unternehmern der Gelbmetallindustrie wäre ein ähnliches Verhalten nur zu empfehlen, das ja in der Berliner Holzindustrie erfreulicherweise zu einem Vertrag geführt hat, der die ruhige Entwicklung derselben auf lange Zeit, jedenfalls aber auf mehrere Jahre, sicher stellt.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Kleber. In der stark besuchten Kleber-Versammlung am Mittwoch berichtete Wels über die Verhandlungen der paritätischen Tarifkommission. Die Vertreter der Unternehmer haben die Positionen des von den Arbeitern aufgestellten Abordtarifes zum Teil ohne weiteres anerkannt, zum Teil haben sie keine Abstriche gemacht, mit denen sich die Vertreter der Arbeiter nach längerem Hin- und Herreden einverstanden erklärten, um den Tarif nicht scheitern zu lassen. Das gilt besonders für die geringeren, aber häufig vorkommenden Arbeiten (Naturzellapete usw.), wo statt der geforderten Preise von 25, 27, 28 Pf. usw. 23, 25, 26 Pf. usw. bewilligt wurden. Bei einzelnen Positionen, wo es sich um bessere Arbeiten handelt, blieben die Angebote der Unternehmer jedoch so weit hinter den Forderungen zurück, daß über diese Punkte eine Einigung nicht zu erzielen war. Besonders hartnäckigen Widerstand setzten die Arbeitgeber der Forderung eines Stundenlohnes von 70 Pf. entgegen. Sie wollten nur je nach Klebereinkunft 60 bis 70 Pf. bewilligen, worauf die Arbeiter indes nicht eingehen konnten. Es herrschte also über einen wesentlichen Teil der Forderungen erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, und es ist deshalb eine Einigung über den ganzen Tarif nicht erzielt worden. Wie der Referent ausführte, bleibt den Arbeitern jetzt nichts übrig, als der Streik. Sie hätten es gern gesehen, wenn sie einen Tarifvertrag hätten abschließen können im Wege der Verhandlungen. Da aber die Unternehmer durch hartnäckige Verweigerung berechtigter Forderungen die Situation auf die Spitze getrieben haben, so gelte es, für die Erreichung der Forderungen zu kämpfen. — Wels empfahl die folgende Resolution, welche die Versammlung nach kurzer Debatte einstimmig annahm:

„Die Versammlung bedauert, daß sie dem von der Tapezierer-Verein beschlossenen Tarifentwurf wegen der geringfügigkeit der den Arbeitern gemachten Zugeständnisse nicht zustimmen kann. Die Versammlung erklärt nunmehr, an den ursprünglichen Forderungen festhalten zu müssen und verpflichtet die Kollegen, dieselben Sonnabend, den 4. Februar, den Arbeitgebern zur Bewilligung vorzulegen und überall da, wo diese nicht erfolgt, die Arbeit niederzulegen. — In voller Anerkennung des Wertes korporativer Verträge erklärt sich die Versammlung jedoch zur Anbahnung erneuter Verhandlungen zu diesem Zweck jederzeit bereit und beauftragt die bisherigen Vertreter in der Kommission, nach dieser Richtung zu wirken.“

Achtung, Kleber! Die Kollegen sind verpflichtet, am Sonnabend, den 4. d. M., den Arbeitgebern die Forderungen vorzulegen und am selben Tage der Verbandsleitung bei Herrmann, Beuthstr. 20, Bericht zu erstatten. Keine Firma darf fehlen.

Die übrigen Banarbeitersuchen wir, die Kleber auf ihre Pflicht hinzuweisen. Die Verbandsleitung.

Achtung! Kleber!

Um die Lohnbewegung zu einer einheitlichen zu gestalten, fordern wir die bei uns organisierten Kollegen auf, sich den Beschlüssen der Verbandsversammlung vom 1. Februar anzuschließen.

Demnach ist am Sonnabend, den 4. Februar, auf allen Baustellen resp. Arbeitsstellen der neue Tarif zur Unterschrift vorzulegen und überall da, wo derselbe nicht durch Unterschrift anerkannt wird, ist die Arbeit am Montag, den 6. Februar, nicht wieder aufzunehmen.

Die neuen Tarife sind am Freitagabend, den 3. d. M., von 5 Uhr ab im Bureau, Schützenstr. 18/19, Amt 1, 1308, in Empfang zu nehmen.

Bewilligungen bzw. Nichtbewilligungen sind am Sonnabendabend, den 4. d. M., ebenfalls selbst zu melden.

Der Vorstand des Vereins der Kleber Berlin und Umgegend. Bureau: Schützenstr. 18/19, Amt 1, 1308.

Achtung! Sattler aller Branchen — Lederarbeiter!

In der Damengürtel-Fabrik von Lehmann u. Schlessinger, Alexandrinerstr. 22, haben sämtliche dortselbst beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Zugung ist aufs strengste fernzuhalten. Die Ortsverwaltungen Berlin des Verbandes der Sattler und des Verbandes der Portefeuliers.

Bei der Zentrale der Schöneberger Elektrizitätswerke A.-G. (Südwest-Bahn) sind mit den dort beschäftigten Heizern Differenzen ausgebrochen. Der Zugung von Heizern nach dem dortigen Elektrizitätswerk ist streng fernzuhalten.

Verband der Maschinisten und Heizer.

Deutsches Reich.

Um das Koalitionsrecht kämpfen seit 14 Tagen die Arbeiter der Firma Heinenbach u. Keller, Weinwaren-Fabrik, in Hilden bei Düsseldorf. Die Firma hat vier der ältesten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemahnt. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 90 Mann. Es sind Zinngießer, Schleißer und Dreher. Neuerdings ist fast das gesamte Kontorpersonal unterwegs, um Streikbrecher zu holen. Wenn dafür gesorgt wird, daß der Zugung fern bleibt, muß die Firma nachgeben. Arbeiter dieser Branche sind hauptsächlich vorhanden in Widderscheid, Werdtahl, Reitmänn, Barmen, Köln und Berndorf bei Wien. — Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Ausland.

Die Aussperrung der Tischler in Budapest ist infolge einer Vermittlung der Regierung — und zwar zugunsten der Arbeiter — beendet. An den Verhandlungen, die im Handelsministerium stattfanden, haben sechs Mitglieder des Landesmeisterverbandes und sechs Delegierte der Arbeiter teilgenommen. Der Obmann der Gewerbetreibenden, Bartolffy, erdortete den Standpunkt der Meister und erklärte, daß die Meister die neunstündige Arbeitszeit bewilligen, wenn die Arbeiter dieselbe in allen Fabriken durchsetzen. Dapont wollten jedoch die Arbeiter nichts hören. Endlich machte Ministerialrat Esterhazy den vermittelnden Vorschlag, daß einerseits die Meister den neunstündigen Arbeitstag bedingungslos bewilligen, andererseits aber auch die Arbeiter das sofortige Inslebentreten desselben nicht verlangen sollen. Schließlich einigte man sich dahin, daß die tägliche Arbeitszeit bis zum 1. August noch neunehalb Stunden, von da ab aber nur mehr neun Stunden zu dauern habe. Eine von 1500 Gehäusen besuchte Versammlung nahm diese Vorschläge an. Die 120 Budapestener Scharfmacher haben also durch ihre Aussperrung den Kaufmännentag nicht abgelehnt, sondern ihn herbeiführen helfen!

Die Arbeiter der Edisonischen Elektrizitäts-Gesellschaft, die Paris größtenteils mit Licht versorgt, haben beschlossen, gestern in dem Anstand zu treten.